INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Nr. 382

28.6.1996

BEN

GIBT'S HIER NICH

VERPISSE DICH!!

Hallo,

Das Sommerloch hat wieder zugeschlagen, der Briefkasten war so leer wie lange nicht. Wir haben Artikel aus der "Wechselwirkung", dem "Tatblatt" und dem "Tagesspiegel" geklaut, damit diese Ausgabe nicht ganz so dünn wird. Gefreut hat uns, daß es jemand geschafft hat so schnell eine Einschätzung zu den Anti-Papst-Aktivitäten zu schreiben. Die Bleiwüste zu den sauberen Revolutionen haben wir etwas "nachlayoutet" (nicht böse sein).
Und nun ein ein ganz wichtiger Hinweis: Die INTERIM erscheint - wie jedes Jahr - über die Sommermonate nur alle zwei Wochen. Diese Ausgabe ist die letzte im wöchentlichen Rythmus. Die nächste erscheint demnach erst am 11. Juli. Weiter gehts dann am 25. Juli, 8. August und 22. August. Ab dem 5. September erscheint die Interim dann wieder wöchentlich.
Wir wünschen euch einen heißen Sommer!!

Inhalt:



Impressum:

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda

V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderln, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderln mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderln mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Einschätzung zum Papstbesuch

Der Besuch des obersten Völkermörders einer weltweiten kriminellen Vereinigung ist nicht störungsfrei abgelaufen. Mehrere hundert hatten sich Unter den Linden versammelt und Woityla einen geeigneten Empfang bereitet, die Pfiffe waren deutlich zu hören und das Papamobil (natürlich ein Daimler) wurde farblich neu gestylt. Es gab eine bunte und kreative Demo am Nachmittag mit ca. 3000 Leuten mit bester Stimmung, viel Phantasie und schauspielerischem Talent - so weit, so gut.

Das Demo-Bündnis war allerdings so breit, daß die Inhalte darunter litten. Die aktiven GenossInnen mußten leider feststellen, daß schwul/lesbisch zu sein allein kein politisches Programm und die humanistische Union doch ein staatstragender Langweilerverein ist.

Die InitiatoRinnen des schwul/lesbischen Straßenfestes distanzierten sich in vorauseilendem Gehorsam von der ihnen unliebsamen Demo, um den Ruf ihres Kommerzfestes und ihrer Senatskohle auch nicht ansatzweise zu riskieren. "Viele Fäuste für ein Halleluja" war offenkundig vielen Schwulen/Lesben schon zu militant, sie blieben lieber an ihren Sektständen am Nolli.

Die Demo blieb dann leider auch im bunten und kreativen Treiben stecken, radikale Inhalte: Fehlanzeige. Dieser Vorwurf richtet sich nicht im Wesentlichen und schon gar nicht ausschließlich an die OrganisatorInnen, sondern vor allem an die, die die Demo nur konsumiert und ihrerseits nichts beigetragen haben. Da müssen sich viele von uns an die eigene Nase fassen.

Unverständlich war, warum so viele zu Hause blieben. Ausreden wie "schlechtes Wetter" könnten ja noch gelten *(?, d. Sätzer)*, andere würden sich mit der Fußball-EM sowieso blamieren. Aber mal im Ernst: Der Papst zählt doch neben Reagan, Haig und dem Schah Reza Pahlewi zu den größten Dreckschweinen, die seit dem 2. Weltkrieg Berlin besuchten, und die Mobilisierung von uns ist höchst kümmerlich. Woran liegt das? Schon zu dem an sich klaren und eindeutigen Störungsaktionen gegen das Rekrutengelöbnis und der Anti-NATO-Demo kamen jeweils nur 2000. Gehen heute die Massen der Jugendlichen, Linken und Linksradikalen nur noch auf die Straße, wenn Love-Parade ist?

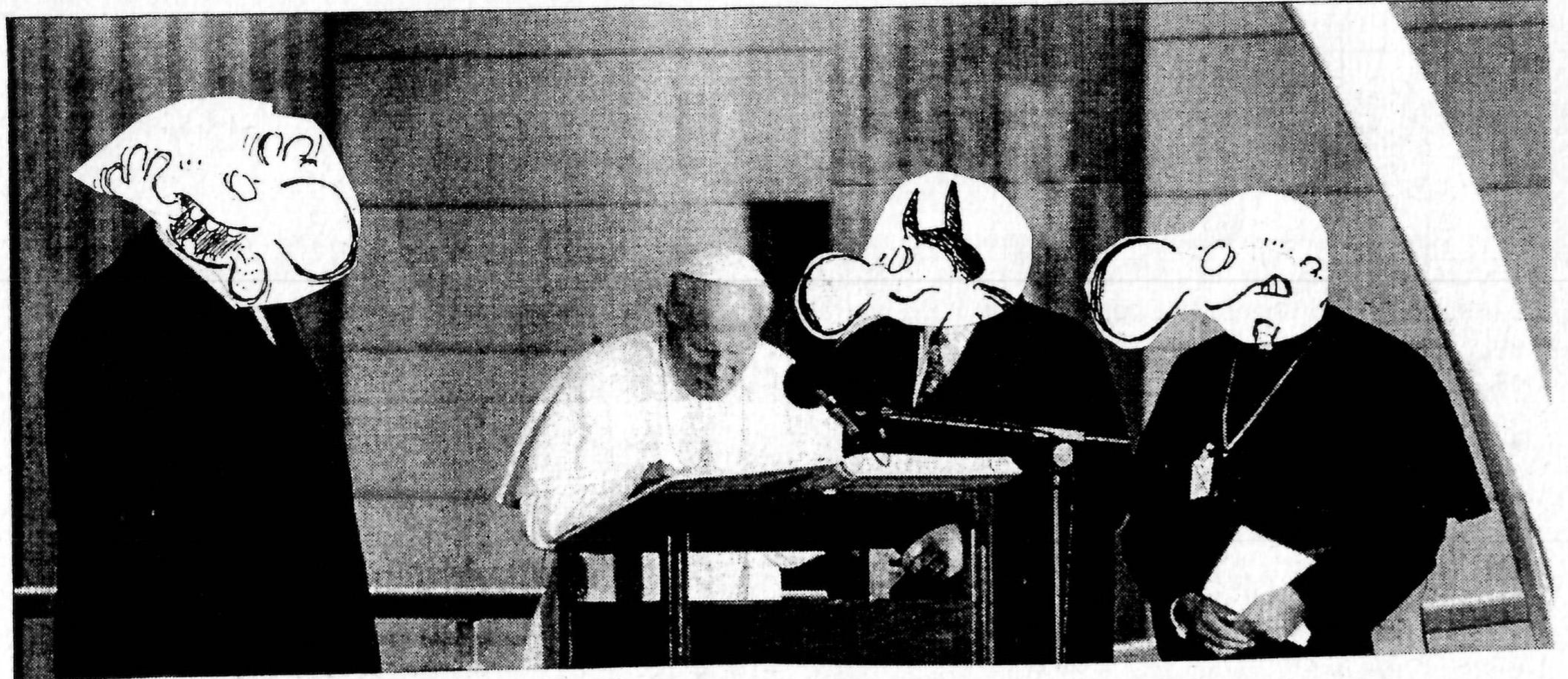
Auf Dauer wird auch eine auf "kreativ und spaßig" reduzierte Protestform eher von den Herrschenden als bunter Hauptstadttupfer vereinnahmt werden, als daß die Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden. Na ja, um ein paar biedere Katholen von außerhalb zu erschrecken, reichts ja noch.

Aber: die Demo hat Spaß gemacht, auch wenn die Beteiligung beschämend gering war - es waren viele alte GenossInnen da, die mensch schon seit Jahren so zahlreich nicht mehr gesehen hat. Das liberale Bildungsbürgertum ab 3.500 DM netto glänzte wie immer durch völlige Abwesenheit - die StudienrätInnen hängen wahrscheinlich schon geschlossen in der Toscana ab oder verbrachten das Wochenende auf ihrer Datsche, forget them.

Im Endeffekt war der Tag ein Spiegelbild der eigenen Ambivalenz. Die Mischung aus, "Wir leben in einer mehrheitlich atheistischen Metropole, wo die Katholische Kirche keine Macht hat" und "Diesem Terroristen aus Rom gehört endlich das Handwerk gelegt" bestimmte den Umgang. Die Berichte in den Medien waren auch zweispältig: In der Live-Übertragung vom Brandenburger Tor wurde angesichts der Pfiffe und Farbeierwürfe immer wieder darauf hingewiesen, daß dies in Berlin angesichts der "kulturellen Vielfalt" eben normal sei. In Bayern wäre es ein Skandal sondergleichen gewesen und die Medienfritzen hätten Schaum vor dem Mund gehabt.

Wenn in der taz vom Dienstag die Befürchtung aufkommt, angesichts des karnevalsartigen Charakter des CSD könnte die Demo demnächst von RTL gesponsert und übertragen werden, müssen wir angesichts unserer Medienfixiertheit höllisch aufpassen, nicht in entpolitisierten Events zu landen.

Engelchen & Teufelchen



„Es gibt keine Freiheit ohne Opfer"

Papst Johannes Paul II. beim Gang durchs Brandenburger Tor: Jubel und Pfiffe

VON ELISABETH BINDER UND STEFAN KUSCHEL

Wer hat den Kommunismus besiegt? Da der Erfolg viele Väter hat, konnte so mancher Staatsgast, der in den Jahren nach der Wende das Brandenburger Tor durchschritt, einen Teil des Erfolgs auch für sich beanspruchen. Fast sieben Jahre nach dem Fall der Mauer, trat gestern abend Johannes Paul II. gemeinsam mit Bundeskanzler Kohl diesen Gang durchs Tor an. Im Rücken neben jubelnden Fans auch Pfiffe und Trillerpfeifen von Demonstranten, die sich bis unmittelbar hinter die Absperrgitter durchgekämpft hatten, vor sich ein handverlesenes Publikum aus Ehrengästen und Anhängern, die ihn mit reinem Applaus und – die Katholiken – Halleluja-Gesang begrüßten.

War vorher noch Beethoven durch die Lautsprecher geklungen, während die Scharfschützen auf dem Tor und den umliegenden Dächern in Stellung gingen, war der eigentliche Tor-Spaziergang nicht, wie etwa bei den Clintons, von feierlicher Musik umrahmt. Im Gegensatz zum morgendlichen Gottesdienst war dies eine eher stille und betont schlichte Inszenierung.

Mit dem Blick zurück, da „zwei deutsche Diktaturen dieses Tor besetzt hielten, da „aus Angst vor der Freiheit die Ideologen ein Tor zur Mauer pervertierten", hielt sich der Papst nicht allzu lange auf. Er widmete einen wesentlichen Teil seiner Ansprache dem Thema, wie die gewonnene Freiheit verteidigt und erhalten werden kann. „Es gibt keine Freiheit ohne Solidarität", sagte er. Und später: „Es gibt keine Freiheit ohne Opfer." Applaus vom Kanzler und den Ehrengästen. Pfiffe von hinten.

Dabei waren schon lange vor Beginn der Rede Hundertschaften der Polizei eifrig damit beschäftigt, „die Sache stilvoll über die Bühne zu bringen", wie Spaziergänger entlang der Fahrtroute des Papstes Unter den Linden ironisch bemerkten.

Aber selbst bei derartigen Großereignissen gibt es offenbar immer noch etwas, das einigen noch ein bißchen wichtiger ist –

Lautstarke Protestanten wurden von ebenfalls rennenden Polizisten in schwerer Montur verfolgt

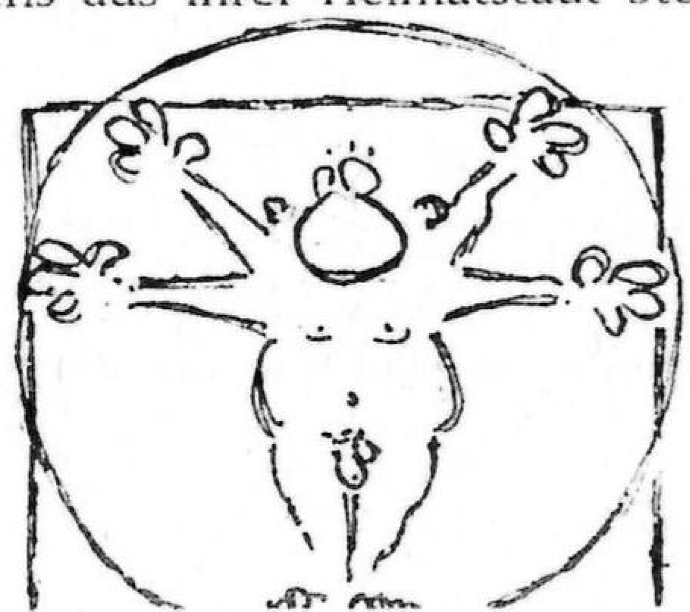
Fußball, zum Beispiel. Und so geriet der kleine Fernseher im Übertragungswagen der Telekom, der Unter den Linden auf dem Mittelstreifen postiert war, vorübergehend in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses an diesem Ort. Drinnen saßen zwei Techniker und amüsierten sich, von draußen blinzelten schätzungsweise zwei Dutzend „Fans" hinein.

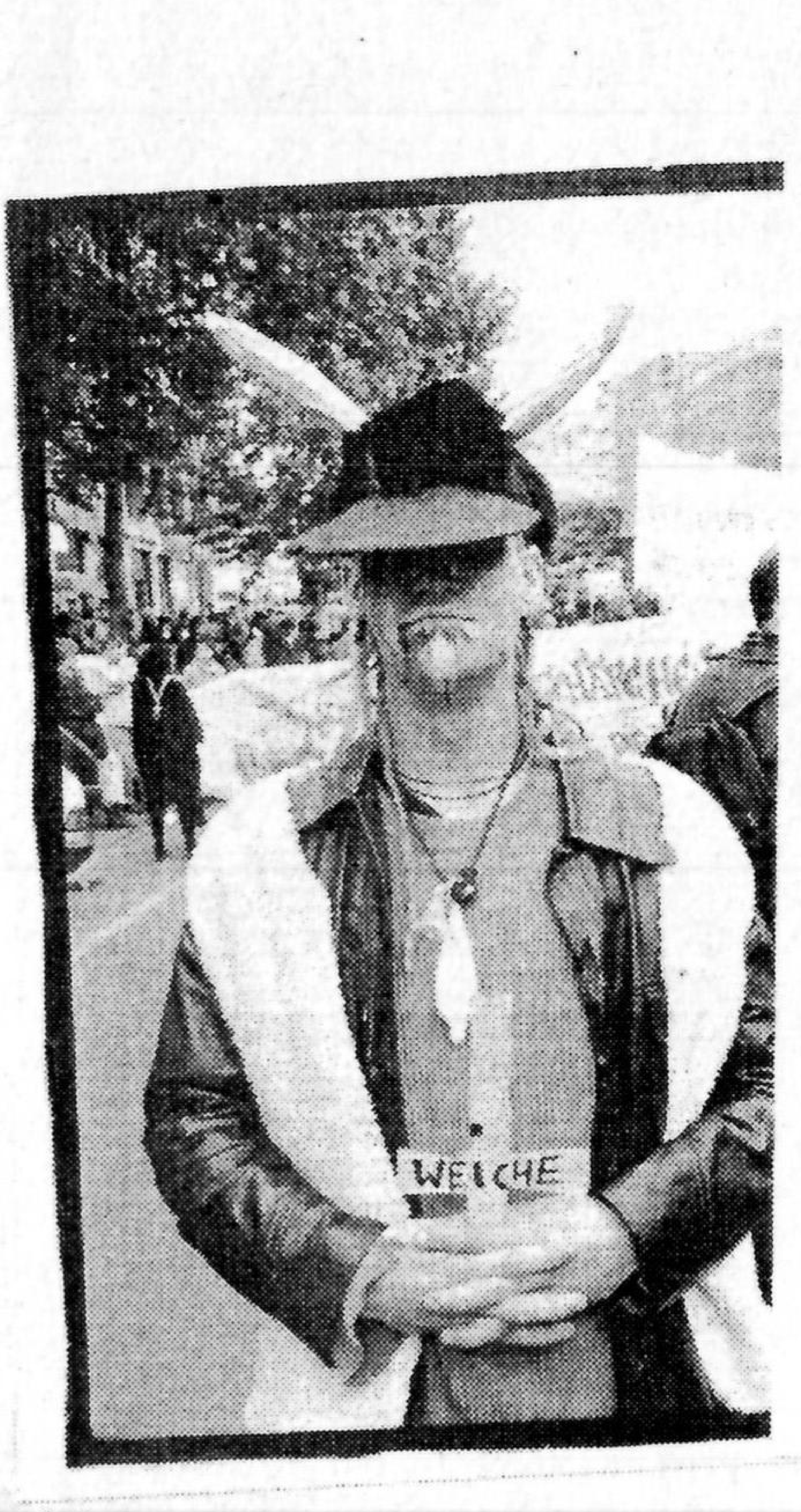
Ganz vorne an den Gittern mit dabei, in der Hand zwei kleine weiß-gelbe Fahnen aus Papier haltend, war auch Ewelina Gazdecka. Am Morgen war sie zusammen mit Freunden und Verwandten im Reisebus eigens aus ihrer Heimatstadt Stettin nach Berlin gekommen. Vom morgendlichen Gottesdienst, zeigte sie sich immer noch sehr beeindruckt: „Ich mußte weinen, wie viele andere junge Leute auch, der Papst ist einfach ein Zeichen des Friedens für mich", sagte die erst 16jährige in einer Mischung aus Englisch und Deutsch, „für uns Polen ist Johannes Paul II. nach Jesus Christus die zweitwichtigste Person."

Andere indes waren da anderer Meinung. „Haut ab, haut ab", riefen sie die ganze Zeit neben dem Fahrzeugtroß des Papstes herrennend, buhten, pfiffen, hielten aufgeblasene Kondome hoch und wurden dabei verfolgt von ebenfalls rennenden Polizisten in schwerer Montur. Zwei Farbeier trafen Dach und Tür, aber nicht die Sichtscheiben des Papstmobils. Am Abend meldete die Polizei dann mehrere Festnahmen – darunter eine Demonstrantin, die sich in Sichtweite Johannes Pauls II. nackt ausgezogen hatte.

Die Ehrengäste unter ihnen Richard von Weizsäcker, Elmar Pieroth, Hanna-Renate Laurien und Manfred Stolpe nahmen das Pfeifkonzert im Hintergrund eher gelassen. Dabei wurde in den Honoratioren-Reihen auch getuschelt. „Das kostet uns wieder ein Jahr beim Umzug", sagte jemand. Aber viele waren auch der Auffassung, daß dies zur Berliner Folklore nun mal dazu gehöre. Was ja auch der Papst schon wußte und ihn nicht daran hinderte, sich mit einem herzlichen „Auf Wiedersehen" zu verabschieden.

Auch Bundeskanzler Kohl gab sich angesichts der Schlachtschreie der Demonstranten cool, mindestens nach außen. Mit einem gelassenen Winken bestieg er nach dem Abschied vom Papst seine Limousine.



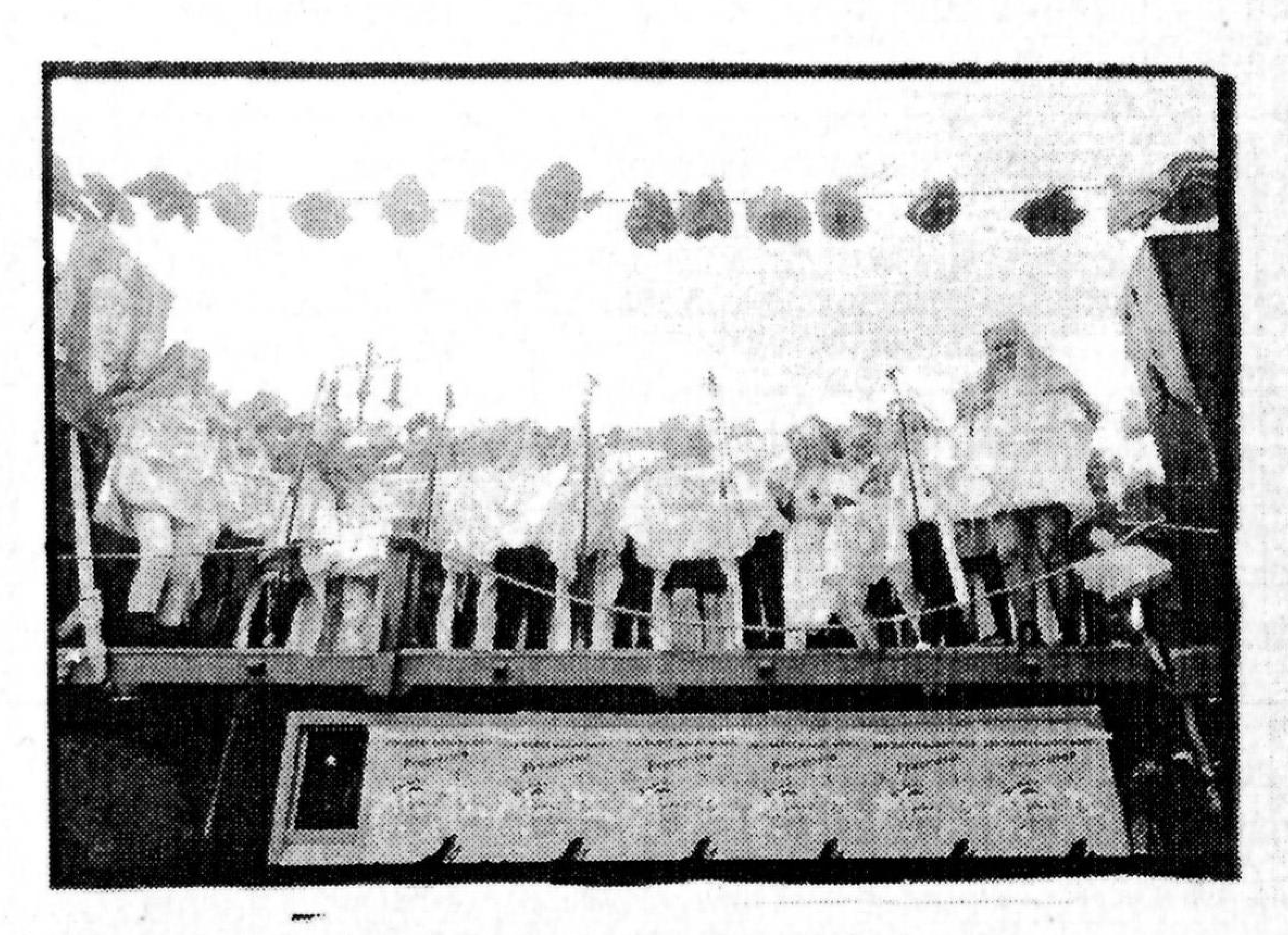

WEICHE

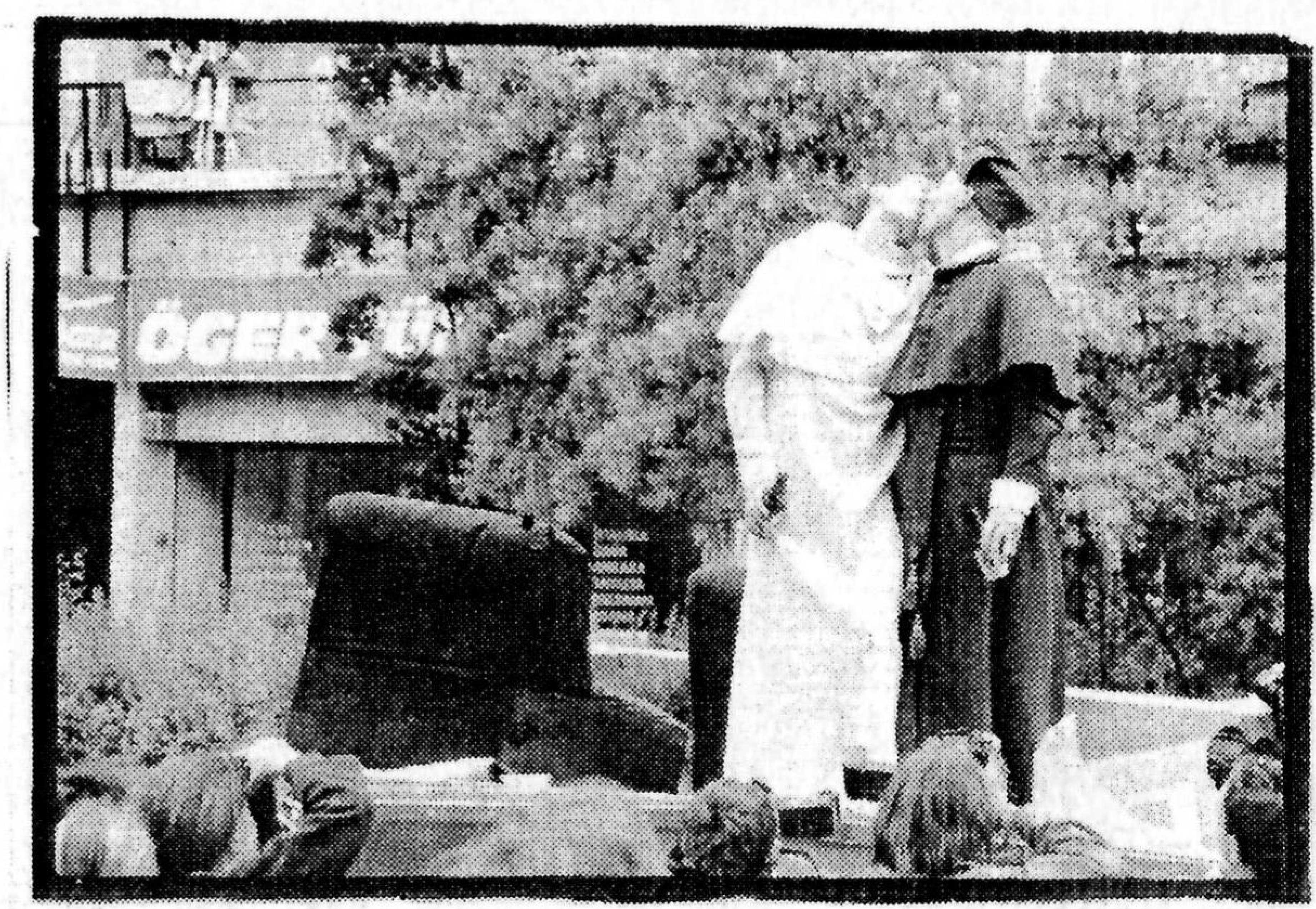












Know your enemy - „interessant, wenn auch sehr schief"?

Die Stellungnahme des *AK Papstbesuch* in der interim 380 zeigt nun doch noch eine gewisse Aufnahmebereitschaft für unsere Kritik (interim 377). Einige Aspekte werden in die bisherige Position eingebettet - ohne dies kenntlich zu machen, andere werden aber auch schlichtweg ignoriert. Insgesamt entsteht so ein widersprüchliches Bild:

- Einerseits scheint der AK nicht mehr von einem spannungsfreien Verhältnis zwischen Katholischer Kirche und Staat auszugehen. Die Anerkennung des NS-Staates bedeutete nicht inhaltliche Zustimmung, sondern war im Verständnis von Röm 13 angelegt, wonach jede staatliche Gewalt an sich Gehorsam geschuldet sei. Gelegentlich deutet der Kontext an, daß die Motivation der Bischöfe darin bestand, „als Verhandlungspartner nicht auszuscheiden". Die Rede ist von „ängstlichem Schweigen und opportunistischem Taktieren". Unsere Zustimmung findet auch die uneingeschränkte Rede von „mutigen Worten" einzelner KatholikInnen. Damit wird deren „deutliche Kritik" nicht mehr durch die Titulierung mit „gut möglich" in Frage gestellt.
  Andererseits wird weiterhin das Bild von „der (!) braunen Geschichte der (!) katholischen Kirche" beschworen. Da wird nicht nur von einem vermeintlichen Schweigen zu „'Arierparagraphen', 'Euthanasie', 'Rassenpflege'" gefaselt, sondern die - an keiner Stelle nachgewiesene - Behauptung aufgestellt, „viele Bischöfe und Christen" hätten „sich den Ideologien der Nationalsozialisten angenähert. Für diesen Teil war alles richtig, was die Nazis machten"!?

Andere Modifikationen halten wir für nicht ausreichend:

- Dem Klerus wird jetzt ein „öffentlicher" Protest zugestanden, wenn die Bischöfe „ihr rein religiöses, unpolitisches Wirken bedroht sahen." Eine Beschränkung der öffentlichen Kritik auf innerkirchliche Angelegenheiten hat es aber nicht gegeben. Beeindruckend, wie der AK an der preußisch-protestantischen Tradition festhält und hier eine Trennung in religiösen bzw. politischen Bereich einträgt, die zwar in der evangelischen Theologie des 19. Jh. vertreten wurde, dem Katholizismus jedoch gänzlich fremd ist.
- Endlich nimmt auch der AK die Auseinandersetzung der Katholischen Kirche nach 1945 mit ihrem damaligen Verhalten wahr. Andererseits ist die behauptete „Schuldverschiebung" von Klerus auf Laien an den Haaren herbeigezogen.

Offensichtlich fällt es den VerfasserInnen schwer, von dem einmal gefällten Urteil Abstand zu nehmen. Dazu wird sinnentstellend zitiert: In dem Erlaß der Stuttgarter Kirchenleitung anläßlich der Reichspogromnacht von 1938 ging es nicht um „korrekte politische Vorgänge", sondern um die Frage, inwieweit zu „konkreten (!) politischen Vorgängen" von der Kanzel Stellung genommen werden dürfe. Eine positive Bewertung dieser Verbrechen findet sich gerade nicht!

Wir wollen deshalb unter Bezugnahme auf den AK noch einmal verdeutlichen, wieso wir bzgl. der Katholischen Kirche v.a. ab 1937 von „Widerstand" im Sinne „gesellschaftlicher Verweigerung" (A) sprechen. Wichtiger für die jetzt geplanten Aktionen ist der heutige Umgang der Katholischen Kirche mit ihrer Geschichte (B). Letztendlich wollen wir auch nicht unser „Befremden" über die DESCHNER-Propaganda und den Text der *HeidInnen gegen Faschismus und Christentum* (HgF) verschweigen (C).

A. Die Katholische Kirche im Nationalsozialismus

1. Das Reichskonkordat: Politische Neutralitäts- und Schweigeverpflichtung oder Einschränkung des ns Totalitätsanspruches?

Unsere Kritik am Reichskonkordat haben wir bereits in der interim 377 deutlich gemacht. Hier wollen wir nur noch einmal klarstellen, daß es dennoch nicht um eine „Entpolitisierung" und eine Beschränkung auf „rein religiöses, unpolitisches Wirken" ging.

Mit dem als „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Recht" bemäntelten Ermächtigungsgesetz vom 24.3.1933 war ein „Zustand fundamentaler Rechtsunsicherheit" eingetreten. Reichsgesetze konnten nun allein von der Reichsregierung beschlossen werden (Art.1), selbst wenn sie gegen die Verfassung verstießen (Art.2). Das galt natürlich auch für die die Kirchen schützenden Bestimmungen!

So mußte es der Katholischen Kirche im Zuge der allgemeinen Gleichschaltungspolitik um eine Sicherung ihrer Existenz und ihres Öffentlichkeitsanspruches gehen, der vom ns Totalitätsansatz her bestritten wurde. Das im Konkordat enthaltene Verbot parteipolitischer Betätigung des Klerus (Art.32) etc. bedeutete keine Beschränkung auf die Seelsorge als „religiösen Kernbereich". Art. 23 sicherte vielmehr eine öffentliche Einflußnahme durch die Existenzsicherung der katholischen Bekenntnisschulen. Der Vereinsschutzartikel 31 verbürgte über den Raum des Gemeindekults und die seelsorgerische Pfarrtätigkeit hinaus den Schutz aller „katholischen Organisationen und Verbände", die allerdings „ausschließlich religiösen", aber doch auch „rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen". Dieser Schutz galt auch Organisationen, die sozialen und berufsständischen Aufgaben dienten, sofern sie Gewähr dafür boten, „ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei zu entfalten". Von einer Entpolitisierung kann hier also nur im Sinne eines Verzichts auf parteipolitische, nicht aber politische Tätigkeit an sich gesprochen werden.

Der Vereinsschutzartikel sollte einen institutionellen Schutz vor der ideologischen Beeinflussung durch NS-Organisationen von Kindesbeinen an darstellen und war deswegen Stachel im Fleisch des faschistischen Staates. Von Anfang an kam es seitens staatlicher Stellen zu Vertragsbrüchen, gegen die mit vatikanischen Protestnoten, Einsprüchen des Berliner Nuntius ORSENIGO und Beschwerden des deutschen Episkopats (erfolglos) protestiert wurde.

Da heute anscheinend kaum einE LinksradikaleR mehr versteht, was das bedeutet hat, ein paar Beispiele:

Im April 1934 z.B. wurde seitens der NS-Organisation *Deutsche Arbeitsfront* (*DAF*) die Doppelmitgliedschaft in katholischen berufsständischen Vereinigungen (Lehrer-, Arbeiter- und Gesellenverbände) verboten. Das hätte neben dem Verlust finanzieller und berufsfördernder Vergünstigungen auch Arbeitslosigkeit bedeutet, da die meisten Unternehmer nur DAF-Mitglieder einstellten. Nur der scharfe Protest des Vatikans sorgte für eine Rücknahme des Unvereinbarkeitsbeschlusses.

Von den Gleichschaltungsbestrebungen waren auch die Jugendvereine betroffen. HJ-Gruppen organisierten Überfälle auf katholische Jugendliche. Ihre Mitglieder bekamen Schwierigkeiten am Arbeitsplatz und wurden von Fahrpreisermäßigungen ausgeschlossen. Polizeiverordnungen verboten ihnen das Tragen von Schulterriemen, Einheitskleidung, Abzeichen und Anstecknadeln. Im Frühjahr 1934 wurden die organisierten KatholikInnen aus einem der attraktivsten Praxisfelder der Jugend zurückgedrängt, dem Sport. Ihnen wurde nun jede „volks"- und geländesportliche Tätigkeit - später auch das gemeinsame Zelten und Wandern - untersagt. Nachdem die Katholische Kirche eine begrenzte Erlaubnis für diejenigen ihrer Lager, Wanderungen und Sportspiele durchsetzen konnte, die direkt von Geistlichen geleitet wurden und „religiös sittlichen Zwecken" dienten, kommentierte der SD, daß auffällig viele junge Kapläne an Wanderungen teilnähmen und mit ihren Jungen Fußball spielten. Besonders attraktiv sei hier, daß „alles ohne Kommando abgeht". Als im Episkopat angeblich vier Bischöfe den Auflösungsforderungen nachkommen wollten, erhob der Vatikan seine schützenden Hände und erklärte die Angelegenheit zu einer „causa maior", die nur zwischen Rom und Berlin verhandelt werden dürfe. Im Sommer 1935 berichtete die Presse in großer Auf

machung von Geheimtreffen zwischen katholischen JugendführerInnen und KommunistInnen. Schließlich wurden die Jugendvereine zwischen 1936 („Gesetz über die HITLERjugend") und Kriegsbeginn aufgelöst.



Daniel 5: Belsazars Gastmahl!

Eine Periode intensiver Verhandlungen und interner diplomatischer Proteste ging zu Ende, als PIUS XI. „sein mit Überwindung gewahrtes Schweigen brach, um mit den Irrlehren und Vertragsbrüchen des NS öffentlich abzurechnen". Die öffentliche Verlesung der Enzyklika „Mit brennender Sorge" am Palmsonntag 1937 in den katholischen Gemeinden Deutschlands konnte von der Gestapo nicht verhindert werden, aber es setzte ein neuer Repressionskurs ein. Die an der konspirativen Drucklegung beteiligten Druckereien wurden beschlagnahmt. Eine neue Serie von Prozessen begann. Hatte zuvor - wie in den Sittlichkeits- und Devisenprozessen der Jahre 1935 bis 1937 gegen die katholischen Orden - die NS-Propaganda die moralische Autorität der Katholischen Kirche zerstören wollen, so ging das Regime nun auch zur Vernichtung weiterer katholischer Organisationen über, die bisher durch den Konkordatsschutz ihrer Existenz erhalten konnten. So wurde der *Verein katholischer Lehrerinnen*, der *Katholische Jungmännerbund* und die *Katholischen Arbeitervereine* aufgelöst. Die Gewaltakte wurden von der Gestapo mit der gegen den Kommunismus gerichteten Reichstagsbrandverordnung v. 28.2.1933 juristisch bemäntelt.
1941 inszenierte die Parteikanzlei unter NS-Reichsleiter Martin BORMANN einen Klostersturm. Allein im ersten Halbjahr fielen 123 größere Komplexe (Mutterhäuser, Studienanstalten etc.) den Gestapozugriffen zum Opfer. Obwohl HITLER wegen der Empörung im Kirchenvolk am 30.7.1941 kirchenfeindliche Maßnahmen zunächst stoppte, gingen die Enteignungsverfahren noch bis 1942 weiter.

2. Annäherung an die „Ideologien des NS"?

Daß der oben geschilderte Widerstand gegen die Gleichschaltungsversuche auch „institutionellen Schutz vor der ideologischen Beeinflussung" bot, zeigt die Stellung der Katholischen Kirche zu „Euthanasie" und „Judenfrage"![1] Von einer Annäherung vieler Bischöfe und ChristInnen - für die „alles richtig" gewesen sein soll, „was die Nazis machten" - an die „Ideologien des Nationalsozialismus" und einer Beschränkung auf Fragen, die die Kirche allein betroffen hätten, kann wohl kaum gesprochen werden.
Eine Darstellung ist eigentlich gar nicht nötig, da der AK seine Vorwürfe selbst widerlegt. Heißt es dort z.B., in der Kirche hätten sich die konfliktscheuen Leute durchgesetzt, so legt der dies vermeintlich belegende Satz das genaue Gegenteil nahe. Sprach sich nämlich Bischof BUCHBERGER von Regensburg „vorläufig" (!) gegen die Verlesung eines Hirtenbriefes über die Zwangssterilisierung aus, so setzte sich seine Position nicht durch, sondern ein einzelner verließ den Konsens der Hierarchie. Und wer das Reichskonkordat als politische Aufwertung des HITLERreiches beklagt, sollte die Enzyklika „Mit brennender Sorge" nicht gegen ihren Wortlaut als Verpflichtung zum Schweigen diffamieren! Daß staatlicherseits die „Vertragsverletzung zum ungeschriebenen Gesetz des Handelns" erklärt wurde, dürfte wohl ebf. eine außenpolitische Wirkung gehabt haben!

a. „Euthanasie"

Die „Euthanasie"aktionen der 40er Jahre wurden 1933 mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" eingeleitet. Die ablehnende Haltung des Vatikans war bereits in der Enzyklika „Casti connubii" von 1930 grundgelegt. Um die Konkordatsverhandlungen nicht zu torpedieren, wurde die Veröffentlichung des Gesetzes verschoben. Die Katholische Kirche reagierte mit einer Kanzelverlesung und forderte offen zum Ungehorsam auf:

> „Es ist nicht erlaubt, sich selbst zur Sterilisation zu stellen oder Antrag zu stellen auf Sterilisierung eines anderen Menschen. Das ist die Lehre der katholischen Kirche."

In der Praxis gab es jedoch Aufweichungen dieser Position, um die Stellung der Katholischen Kirche im Gesundheitswesen nicht zu gefährden. Gesucht wurden Regelungen einer „antagonistischen Kooperation". In Verhandlungen erreichten die Bischöfe im November 1933, daß die katholischen Anstaltsleiter von der Antragspflicht zur Sterilisierung befreit wurden, nicht allerdings von der Anzeigepflicht zu Sterilisierender. Die generelle Verurteilung der Sterilisationsgesetze wurde jedoch nicht beendet, sondern in Kanzelabkündigungen wiederholt. Einige katholische Geistliche wurden deshalb wegen Verstoßes gegen das „Heimtückegesetz" verklagt. Aus Protest druckten die amtlichen Diözesanblätter die Entscheidungen der Erbgesundheitsgerichte ab, bis dies im Mai 1937 verboten wurde.

Der auf den 1. September 1939 rückdatierte Führererlaß vom Oktober 1939 zum Massenmord an „Geisteskranken" wurde im Frühjahr 1940 ruchbar. Die Katholische Kirche begann mit Protesten auf dem Dienstweg nicht-öffentlicher Anfragen und Stellungnahmen bei Regierungsstellen. Anfang August 1940 wandte sich Kardinal Adolf BERTRAM als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz an den Chef der Reichskanzlei LAMMERS: Er habe von einem Gerücht gehört, daß Insassen von Pflegeanstalten umgebracht worden wären, und hoffe, daß das keine Bestätigung fände. Der Münchner Kardinal FAULHABER protestierte beim Reichsjustizminister Anfang November. Der Bischof von Freiburg i.Br., Conrad GRÖBER, bat LAMMERS, seinen Einfluß für die Beendigung der Morde geltend zu machen. Die Kirche werde alle Unkosten übernehmen, die dem Staat aus der Pflege der angeblich unheilbar Kranken erwachsen würden.
Gleichzeitig streckte die Katholische Kirche vorsichtig ihre Fühler aus, um die Möglichkeit einer Mitwirkung an einer gesetzlichen Regelung der „Euthanasie" auszuloten. Gegenstand der (bei den Bischöfen allerdings umstrittenen) Verhandlungen war die Eingrenzung der „Kranken"gruppen, die seelsorgerische Betreuung der zur Ermordung Ausgewählten und eine privilegierte Behandlung kranker Priester. Als am 27.11.1940 der Vatikan die „Euthanasie"-Aktion als „unmenschlich und frevelhaftes Verbrechen" verurteilte, wurden auch diese Gespräche abgebrochen.

Im Juni 1941 durchbrach die Fuldaer Bischofskonferenz erstmals mit einem Hirtenbrief, der von den Kanzeln verlesen wurde, ihr Schweigen in der Öffentlichkeit. Darin und in einer Denkschrift BERTRAMs an den Reichskirchenminister wurde erklärt, außerhalb des Krieges und ohne berechtigte Notwehr dürfe kein unschuldiger Mensch getötet werden.

---

[1] Wir setzen diesen Begriff in Anführungszeichen, weil es sich dabei um ns Vokabular handelt. Eine „Judenfrage" gab es damals ebensowenig wie heute ein „Ausländerproblem". Auch die rassistische Aneignung religiöser Begriffe behandeln wir so: Der NS-Begriff „Juden" subsumiert nicht nur bekennende JüdInnen, sondern auch AtheistInnen und ChristInnen jeglicher nationaler Herkunft.

Einen Höhepunkt bildete die Predigt des Münsteraner Bischofs August Graf von Galen am 3.8., in der er die Tötung „unwerten Lebens" als Verbrechen verurteilte und die Bestrafung der Mörder verlangte. KatholikInnen sollten mit jenen, die gemeinsame Sache mit Mördern machten, „jeden vertrauten Umgang meiden", sich ihrem Einfluß entziehen, um nicht von deren „gottwidrigem Denken und Handeln" angesteckt und mitschuldig zu werden. Außerdem erstattete er Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Besonders der Hinweis auf die Lebensgefahr für „unsere braven Soldaten, die als Schwerverletzte, als Krüppel, als Invaliden in die Heimat zurückkehren", versetzte die Bevölkerung in Schrecken. Die Predigt wurde in weiteren Kirchen Münsters und in vielen Teilen Deutschlands von katholischen und evangelischen Pfarrern bekannt gemacht. Kölner KommunistInnen vervielfältigten mehrere hundert Exemplare und versandten sie u.a. auch an die Front. Zudem berichtete die Auslandspresse über von Galen, der auch vom Vatikan unterstützt wurde. In den Ministerien des NS-Staates wurde eine Bestrafung zwischen einem Gerichtsverfahren wegen Kanzelmißbrauch, Volksverhetzung und Landesverrat (Justizministerium), Einweisung ins KZ (Reichskirchenministerium) und Todesstrafe (Propagandaministerium) diskutiert. Ausschlaggebend wurde jedoch die Einschätzung Goebbels', „daß, wenn etwas gegen den Bischof unternommen werden würde, die Bevölkerung Münsters während des Krieges abzuschreiben sei. Dazu könne man ruhig ganz Westfalen nehmen." Unter diesem Eindruck wurde das „Euthanasieprogramm" am 24.8.1941 offiziell gestoppt.



Inoffiziell gingen die Tötungen bis Kriegsende weiter, z.B. in der Form der „Häftlings-Euthanasie", durch Injektionen des Anstaltspersonals, und in den meisten Fällen durch planmäßig herbeigeführten Hungertod der Pfleglinge. Dagegen protestierte öffentlich neben dem von uns bereits genannten Hirtenbrief v. 22.3.1942 v.a. der Dekalog-Hirtenbrief vom August 1943. Zum fünften Gebot hieß es:

> „Tötung ist an sich schlecht, auch wenn sie angeblich im Interesse des Gemeinwohls verübt würde: an schuld- und wehrlosen Geisteskranken und -schwachen, ... an unschuldigen Geiseln und entwaffneten Kriegs- und Strafgefangenen, an Menschen fremder Rasse und Abstammung. Auch die Obrigkeit kann und darf nur wirklich todeswürdige Verbrechen mit dem Tode bestrafen."

b. „Rassenpflege" am Beispiel der „Judenfrage"

Die Diskriminierung und Ermordung von „Juden" ist hingegen nicht so deutlich wie die „Euthanasie" in der Öffentlichkeit angeklagt worden. Aber in den von uns angeführten Beispielen in der interim 377 ist die Diskriminierung von „Juden" natürlich indirekt gemeint, wenn von einer Überhöhung der Rasse gesprochen wird.
Noch der Hirtenbrief zu den Wahlen v. 5.3.1933 verurteilte u.a. ausdrücklich die Geltendmachung des Rassengedankens (in der Kirche). Ebenso äußerte sich auch Kardinal Faulhaber in seinen Adventspredigten im Dezember 1933. 1935 erhob die Katholische Kirche Einspruch gegen das in den „Nürnberger Gesetzen" beschlossene Eheverbot zwischen „Ariern" und „Juden".

Konkret gegen die Shoa aber äußerte sich die Fuldaer Bischofskonferenz erst, nachdem sie Bedenken ihres Vorsitzenden Bertram überwunden hatte. Es kam dann allerdings zu wiederholten Warnungen. Seit November 1941 schrieb er immer wieder an verschiedene Reichsministerien und machte dabei geltend, „daß nach allgemeinen anerkannten Lebensgrundsätzen auch gegenüber den Angehörigen anderer Rassen unverrückbare Pflichten der Menschlichkeit bestehen". Besonders hat er vor Einbeziehung von „Halbjuden" in die Vernichtungsaktion und der dadurch bewirkten Zerreißung „christlich-jüdischer Mischehen" gewarnt. Grundsätzlich erstreckten sich jedoch die Warnungen und Proteste auf „Juden" schlechthin. Schließlich sprach sich auch der bereits o.g. katholische Dekalog-Hirtenbrief öffentlich, wenn auch wieder indirekt, gegen die „Juden"vernichtung aus.

Papst Pius XI. hat, wie von uns bereits in der interim 377 zitiert, in seiner Enzyklika „Mit brennender Sorge" sich ebenfalls gegen den Rassismus der Nazis gewandt und eben nicht nur ein „rein religiöses, unpolitisches Wirken" zu verteidigen gesucht:

> „Wer die Rasse, oder das Volk ... aus ... ihrer irdischen Werteskala herauslöst, sie zur höchsten Norm aller, auch der religiösen Werte macht und sie mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und verfälscht die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge."

Offenen Protest übten v.a. die dänischen Bischöfe in einem Hirtenbrief vom 29.9.1943:

> „Überall in der Welt, wo Judenverfolgungen aus rassistischen oder religiösen Gründen stattfinden, ist es die Verpflichtung der christlichen Kirchen, dagegen zu protestieren. ... Deshalb werden wir, sollte dies nötig sein, unzweideutig das Gebot befolgen, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen."

Selbst Pius XII. hatte schon in seiner ersten Enzyklika am 20.10.1939 neben Nationalismus, Totalitarismus auch die Rassenlehre als die Hauptirrtümer, die den Frieden gefährden, benannt. Die Weihnachtsbotschaft 1939 und alle späteren Erklärungen des Papstes während des Zweiten Weltkrieges hielten sich auf der Linie der Verurteilung von weltanschaulichen Richtungen und Rechtsbrüchen. Diese zurückhaltende Ausdrucksweise - tatsächlich wurde von ihm die Shoa nie explizit angegriffen - stand nach seinem Selbstverständnis im Dienst einer Schadensbegrenzung. Nach dem päpstlichen Protest gegen die Deportierung von JüdInnen aus Holland hatten die deutschen Besatzungsbehörden zusätzlich auch christliche „Nichtarier" in die Deportationsmaßnahmen einbezogen. Pius XII. glaubte daher, daß Hitler seine Mordaktionen angesichts päpstlicher Proteste nur verschärfen und weiter ausdehnen würde. Er befürchtete, daß eine öffentliche Kritik selbst die begrenzten diplomatischen und humanitären Einwirkunsgmöglichkeiten in den von Deutschland besetzten Gebieten definitiv illusorisch machen würde. Im Mai 1940 hatte er dem italienischen Botschafter, angesichts der Greuel in Polen, erklärt:

> „... nur das Wissen, daß wir das Schicksal dieser Unglücklichen verschlimmern, wenn wir noch härter sprechen, hält uns davon ab, es zu tun."

Was daran zu kritisieren ist, haben die deutschen Bischöfe nach 1945 auch ohne Belehrung durch den AK zu sagen gewußt (s.u.).

3. „Widerstand" im Sinne „gesellschaftlicher Verweigerung"

Es bleibt dabei:

> „Der Katholischen Kirche wäre ... zu viel zugetraut, glaubte mensch, ihre Kritik habe unmittelbar auf Machtwechsel, Staatsstreich und Umsturz gezielt. In den kirchlichen Verlautbarungen ist die Loyalitätsschranke, die die ChristInnen vom gewaltsamen Widerstand zurückhielt, nie durchbrochen worden. Und auch für die privaten Überlegungen der Bischöfe gilt dies weitgehend! Natürlich waren die Bischöfe auch nicht die tripple-oppression-gestählten 'Helden der Arbeit', so daß hinter viele

vertretene Positionen Fragezeichen gesetzt werden müssen" (interim 377).

Aber die öffentlichen Angriffe produzierten eine Politisierung der kirchlichen Versammlungen. Es wurde üblich, die Bischöfe in der Öffentlichkeit mit Ovationen zu empfangen. Manche Bischöfe schreckten vor dieser Dynamik zurück und erklärten, sie wünschten solche Kundgebungen nicht. Auch das Verhalten der Gläubigen im Gottesdienst veränderte sich. Ein polizeilicher Überwacher notierte, mensch habe glauben müssen, nicht in einem Gotteshaus, sondern in einem öffentlichen Versammlungslokal zu sein. Die Predigten wurden nicht mehr stillschweigend angehört, sondern:

> „Die latent angespannte Atmosphäre führte ... dazu, daß Predigten gelegentlich durch laute Zustimmung, Händeklatschen, Bravorufe, oder - wenn staatliche Zwangsmaßnahmen geschildert wurden - durch Pfuirufe unterbrochen wurden ... Machte ein Prediger ironische Andeutungen, so konnte dies ungeniertes Lachen zur Folge haben."

„Der weltanschauliche Gegensatz war unübersehbar und kann sogar zur Verwendung des Begriffs 'Widerstand' verleiten. Eben weil der NS-Staat ein totalitäres System war, das danach strebte, seine Normen in allen Lebensbereichen durchzusetzen, setzte bereits der Versuch, einen solchen Lebensbereich wie die Katholische Kirche dem Anspruch auf Gleichschaltung zu entziehen, dem totalitären Machtwillen Grenzen. Hier bestand eine Gegenwelt, die vom NS nicht vollständig umgestaltet werden konnte" (interim 377).

Dementsprechend gab es - im Gegensatz zur Evangelischen Kirche - in der Katholischen Kirche zu keinem Zeitpunkt ein den *Deutschen Christen* vergleichbares Schreckensgespenst! Der Anfang April 1933 gegründete Bund *Kreuz und Adler* (später *Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher*) bemühte sich zwar um oberhirtliche Empfehlung und versuchte durch Broschüren die Gegensätze zwischen NS-System und Katholizismus zu überbrücken. Doch konnte die Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Kirche keinen nennenswerten Einfluß gewinnen. Die wenigen Theologen, die einen „katholischen Zugang zum Nationalsozialismus" suchten und literarisch vertraten, wurden schon bald beargwöhnt. Zu ihnen gehörte auch der in den AK-Filmen zur charakteristischen Person umgelogene österreichische Rektor der deutschen Nationalkirche in Rom Alois HUDAL mit seiner Schrift „Die Grundlagen des Nationalsozialismus. Eine ideengeschichtliche Untersuchung" von 1937.

Selbst die vom AK geschmähte Seelsorgetätigkeit - etwa die Feier der Messe an einem vom Regime aufgehobenen Feiertag oder Sakramentsspende an polnische „Fremdarbeiter" - konnte empfindlich bestraft werden. Das Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei vom 20.12.1934 bedrohte faktisch alle kritischen Äußerungen mit schweren Strafen. Die Berufung auf Lehre und Recht der Katholischen Kirche bedeutete keineswegs einen einfachen Rückzug auf die rein religiöse Sphäre!

„Die Distanz der Kirchentreuen zum System war zugleich das Potential vielfältiger, persönlich verantworteter und darum auch unkoordinierter regimekritischer Haltungen und Aktionen. Auch wer in dieser Bezeichnung einen Euphemismus sieht, wird immerhin von 'gesellschaftlicher Verweigerung' sprechen können" (interim 377).

> „Eine Entlarvungsliteratur, die in ihrem Bemühen, die kirchliche Faschismus-Unterstützung nachzuweisen, kein Interesse mehr für die Analyse der Formen des Kirchenkampfes aufbringen kann, verfehlt die spezifische Leistungsfähigkeit kirchlicher Ideologie: Dieselben Kirchen, die den völkermordenden Faschismus bis zum Schluß als göttlich eingesetzte Obrigkeit anerkennen, haben wie keine andere ideologische Macht die Kraft, sich seinen Versuchen der Gleichschaltung und der Zerstörung ihrer Einflußbereiche zu widersetzen."
> Jan Rehmann, Kirchen im NS-Staat (Argument-Sonderband 160), Berlin 1986, S.13.

B. Schuldverschiebung nach 1945?

Der AK muß die Auseinandersetzungen der Katholischen Kirche mit ihrer Geschichte als nicht ausreichend denunzieren, sonst erweist sich die Attackierung des jetzigen Papstes PAUL II. wegen des Versagens der Kirche im Dritten Reich als unangemessen. Dennoch wird vom AK jetzt eine solche Auseinandersetzung zugegeben, gleichzeitig aber behauptet, daß sich diese durch eine Schuldverschiebung vom Klerus zu den Laien auszeichne. Nie sei ein Schuldbekenntnis der Kirche als Institution samt ihrer damaligen Führung erwogen worden.

Wer hingegen den Hirtenbrief vom August 1945 liest, stößt dort auf einen interessanten Wechsel in der Anrede: Der erste Teil, der dem „katholischen Volk" zugesteht, „sich in so weitem Ausmaß von dem Götzendienst der brutalen Macht freigehalten" zu haben, wird in der zweiten Person eingeleitet. Positives sagen die Bischöfe hier also nicht über sich, sondern über das „katholische Volk" (= „viele unseres Glaubens"), auf das nach Meinung des AKs die Verantwortung für die Verbrechen abgeschoben worden sei.

> „Katholisches Volk, wir freuen uns, daß du dich in so weitem Ausmaße von dem Götzendienst der brutalen Macht freigehalten hast. Wir freuen uns, daß so viele unseres Glaubens nie und nimmer ihre Knie vor Baal gebeugt haben. Wir freuen uns, daß diese gottlosen und unmenschlichen Lehren auch weit über den Kreis unserer katholischen Glaubensbrüder hinaus abgelehnt wurden."

In einem zweiten Teil folgt nun das Schuldeingeständnis. Dies ist unpersönlich in der dritten Person gehalten.

> „Und dennoch: Furchtbares ist schon vor dem Kriege in Deutschland und während des Krieges durch Deutsche in den besetzten Ländern geschehen."

Entscheidenderweise aber wechselt es zur ersten Person Plural, wo von der Schuld der Kirche gesprochen wird.

> „Wir beklagen es zutiefst: Viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, haben sich von den falschen Lehren des Nationalsozialismus betören lassen ..."

Dies ist ein ganz wichtiges Textsignal, da der Episkopat in keiner Stellungnahme sonst von sich in der ersten, sondern immer nur in der dritten Person spricht. Ganz betont nimmt sich also die Bischofskonferenz aus der Absolution aus, schließt sich aber gezielt in das Schuldbekenntnis ein. Diese Tendenz wird auch dadurch bestärkt, daß die Verantwortung nicht bei den Laien gesehen wird, sondern bei denen mit Einfluß.

> „Schwere Verantwortung trifft jene, die aufgrund ihrer Stellung wissen konnten, was bei uns vorging, die durch ihren Einfluß solche Verbrechen hätten verhindern können und es nicht getan haben, ja diese Verbrechen ermöglicht und sich dadurch mit den Verbrechern solidarisch erklärt haben."

Das Schuldbekenntnis beschränkt sich auch nicht nur auf eine Schuld des Schweigens:

> Viele „sind bei den Verbrechen gegen menschliche Freiheit und menschliche Würde gleichgültig geblieben; viele leisteten durch ihre Haltung den Verbrechen Vorschub, viele sind selber Verbrecher geworden."

Erst in den späteren Texten der 70er und 80er Jahre gab die Bischofskonferenz auch Beispiele für „ihr" Widerstehen. Aber es kam auch hier nicht zu der behaupteten Klerus-Laien-Spaltung. Ebenso wurde von der Kirche als Institution gesprochen. So hieß es z.B. in der vom AK angeführten Erklärung des Sekretariats der deutschen Bischofskonferenz v. 31.1.1979:

> „Gleichwohl [trotz indirekter Verurteilung der „Juden"verfolgung, d.S.] bleibt festzuhalten, daß das Verhalten der (!) Kirche gegenüber einzelnen Stufen der Judenverfolgung kritisch betrachtet werden muß. ... Umso schwerer [d.h., trotz Veröffentlichung der Enzyklika 'Mit brennender Sorge', d.S.] ist heute zu begreifen, daß weder zum Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 noch zum Erlaß der Nürnberger Rassengesetze im September 1935 noch zu den Ausschreitungen im Zuge der sogenannten Reichskristallnacht am 9./10. November 1938 von

> kirchlicher Seite eine genügend deutliche und aktuelle Stellungnahme erfolgt ist."

Nicht verstehen können wir so den Einwand, daß die Bischofskonferenz „erst" 1995 ihre Mitschuld an der Shoa eingestanden hätte. Wir halten diesen Termin eher für ein Zeichen der Ernsthaftigkeit. Die Wiederholung eines Schuldbekenntnisses erfolgte zu einem Zeitpunkt, als nicht nur der rassistische Grundkonsens Triumphe feierte, sondern RevisionistInnen und SchlußstrichzieherInnen neue Urständ feiern!

Wirkliche Gedankenakrobatik verlangt schließlich die Behauptung, ein verkürztes Zitat auf dem Plakat zur aktuellen Ausstellung im Roten Rathaus werte die Katholische Kirche auf und verschleiere die „ursprünglich kritische Haltung" des Verfassers. Diese wird gar nicht verdeckt, sondern der gestrichene Satz expliziert den ersten des Plakats:
Bereits der erste zitierte Satz spricht die kritische Haltung des Verfassers aus:

> „Wäre das Christentum in Deutschland und im ganzen Abendland lebendiger gewesen, dann hätte es nie ein Drittes Reich mit all seinen Verfallserscheinungen gegeben."

Dieser Satz stellt bereits fest, daß für das Erstarken des Faschismus der Katholizismus verantwortlich gewesen sei. Denn er hätte das Dritte Reich verhindern können. Er hat versagt, weil er nicht lebendig genug war! Das ist übrigens keine quantitative, sondern eine qualitative Aussage. Schuld wird nicht auf die geschoben, die nicht an Gott glaubten, sondern bei den ChristInnen beiderlei Konfession diagnostiziert, die nicht genügend geglaubt hatten. Der folgende Satz konkretisiert diesen ersten nur (mangelnder Glaube⇨unscharfer Protest), ohne qualitativ Neues zu sagen:

> „Es ist auch Tatsache, daß der Protest der christlichen Kirchen gegen den Nationalsozialismus nach Inhalt und Form nicht so klar und scharf gewesen ist, wie wir es als Christen angesichts der ungeheuren Verbrechen in nachträglicher Rückschau wünschen möchten."

Und der abschließende Satz bringt eben neben dieser kritischen Betonung die auch von uns vertretene, dem AK aber unverständliche Position, die nicht nur „nach zumindest teilweiser Anerkennung der Leistungen der Kirchen gegen den NS" klingt, sondern - mit und ohne vorherige Auslassung - tatsächlich auch so gemeint ist:

> „Gleichwohl bleibt es wohl, daß das gläubige Christentum die einzige geistige Macht war, über die der Nationalsozialismus nicht Herr geworden ist, und die - freilich mit vielen Wunden - noch aufrecht stand, als es zusammenbrach."

Um die Gefahr der Auferstehung eines „Mythos von einem gradlinigen katholischen Widerstand" herbeizureden, wird offensichtlich auch die von uns zitierte Presseerklärung des Berliner Generalvikars nicht mit in die Deutung aufgenommen.

C. „Noch ein paar von Gottes größten Fehlern" und „Wer ist denn dieser Gott überhaupt?" Douglas Adams

Nach unserer Kritik an DESCHNER hätten wir weder erwartet, daß der AK zu diesem Thema schweigt, noch, daß die interim weiterhin für seine Lesung in der Volksbühne wirbt (interim 380, S.30)! Alles Wichtige läßt sich hierzu auch bei dem Wiener Judaisten Günter STEMBERGER nachlesen:

> „Besonders verzerrt wird dann aber die biblische Darstellung Davids. Bezeichnend, wie DESCHNER hier die Übersetzung LUTHERS von 2 Sam 12_{31} als „Urtext" verteidigt, um Davids Methoden mit denen HITLERS vergleichen zu können: Und gern legte David das gefangene Volk 'unter eiserne Sägen und Zakken und eiserne Keile und verbrannte sie in Ziegelöfen' ... Der hebräische Text gibt das nicht her, sondern spricht vom Einsatz zum Arbeitsdienst mit Steinsägen, Spitzhacken und Äxten sowie in den Ziegelwerken. Was DESCHNER zur späteren Korrektur der LUTHER-Übersetzung sagt, wendet sich gegen ihn selbst: 'Und ist's auch Fälschung, hat es doch Methode'".
> Günter STEMBERGER, Vom Unbehagen mit dem Alten Testament, in: Kriminalisierung des Christentums? Karlheinz DESCHNERs Kirchengeschichte auf dem Prüfstand, hg.v. Hans Reinhard SEELIGER, Freiburg i.Br. u.a. 1993, S.115-122, 117f. unter Bezug auf Karlheinz DESCHNER, Kriminalgeschichte des Christentums, Bd.I: Die Frühzeit. Von den Ursprüngen im Alten Testament bis zum Tod des hl. Augustinus, Reinbek 1986, S.87.

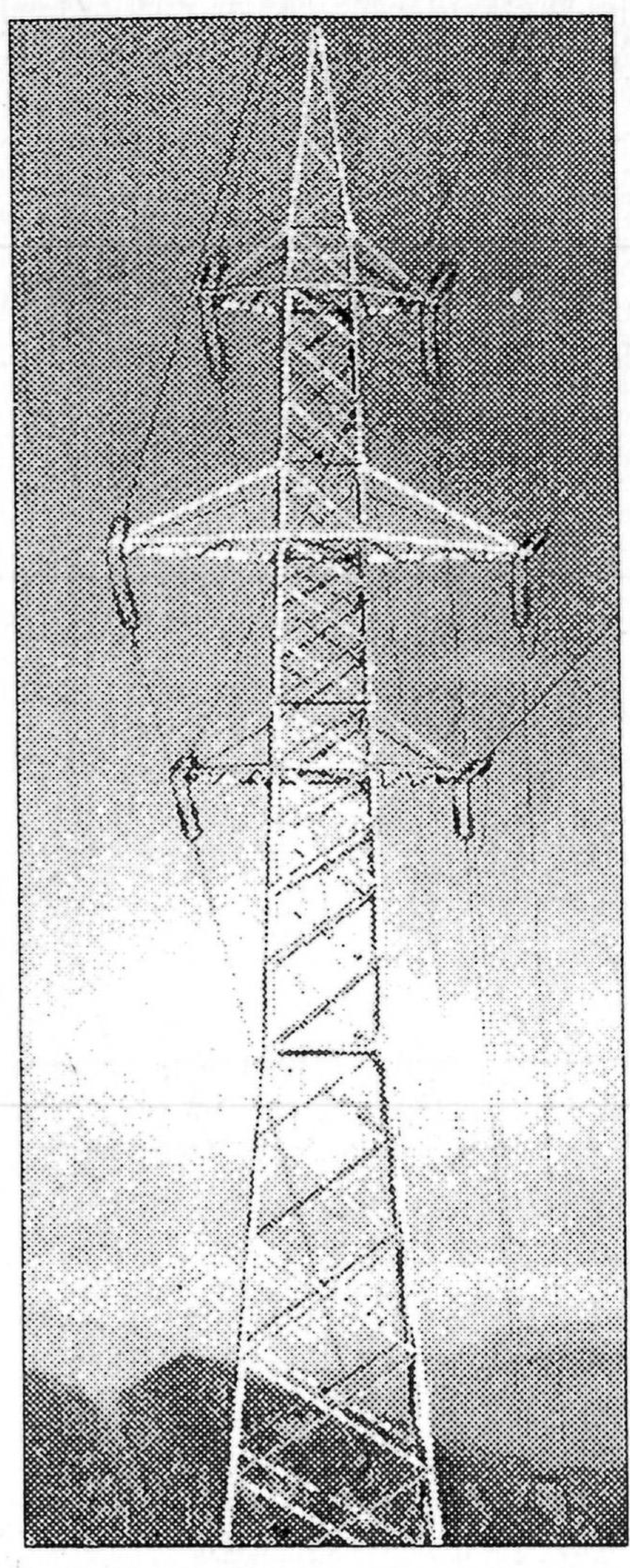
Die Anti-Papst-Debatte treibt aber auch sonst merkwürdige Blüten. Dazu gehört u.a. das Selbstverständnis der HgF als „AntifaschistInnen". Lesen wir dort doch, von einem „scheinbar neue[n] Phänomen Faschismus". Zwar sprechen die VerfasserInnen von „furchtbaren Greuel[n]", die aber „in der Geschichte nicht einzigartig" seien, da „das größte Massaker der Weltgeschichte" mit dem christlichen Glaubensbekenntnis im Römischen Reich des 4. Jhd. begonnen habe. Das ist eine Verharmlosung von Shoa und Nationalsozialismus! Von dem „Ziel, FaschistInnen zu isolieren", wird nichts im Text deutlich. Statt dessen wird die gewagte Behauptung aufgestellt, daß sich „die meisten HeidInnen & Hexen vom Faschismus distanzieren und nicht selten sogar aus dem linken Spektrum kommen". Nicht zuletzt aber behauptet die HgF, „durch undifferenzierte Herangehensweisen von Antifas" behindert zu werden. Dazu hätten wir gerne eine etwas ausführlichere Erklärung!

Wir zumindest verspüren ein gewisses Unbehagen, wenn uns da unverhohlen angedroht wird, unsere „christlichen Kirchen als kriminelle Vereinigungen" aufzulösen. Die Beteuerung, der „christliche Glaube" werde dabei nicht verboten, kann uns kaum beruhigen, gilt doch die Einschränkung: „solange diese keine unterdrückerische" Religion ist. Das ist für die HgF jedoch eine unmögliche Möglichkeit, da sie den ChristInnen „das größte Massaker der Weltgeschichte" anlasten und behaupten, „in der Idee des HERRenmenschen" sei „das (!) Christentum bestes Vorbild für den Faschismus" gewesen, während die heidnischen Religionen angeblich erst „durch die Entstellung und de[n] Mißbrauch des Faschismus diffamiert" wurden. Bzgl. der Analyse von ChristInnentum und HERRenmenschen-Idee schenken wir da selbst dem Protofaschisten Friedrich NIETZSCHE mehr Vertrauen:

> „Alles, was auf Erden gegen 'die Vornehmen', 'die Gewaltigen', 'die Herren', 'die Machthaber' gethan worden ist, ist nicht der Rede werth im Vergleich mit dem, was die Juden gegen sie gethan haben: die Juden, jenes priesterliche Volk, das sich an seinen Feinden und Überwältigern zuletzt nur durch eine radikale Umwerthung von deren Werthen, also durch einen Akt der geistigsten Rache Genugthuung zu schaffen wusste. So allein war es eben einem priesterlichen Volke gemäss, dem Volke der zurückgetretensten priesterlichen Rachsucht. Die Juden sind es gewesen, die gegen die aristokratische Werthgleichung (gut = vornehm = mächtig = schön = glücklich = gottgeliebt) mit einer furchteinflössenden Folgerichtigkeit die Umkehrung gewagt und mit den Zähnen des abgründlichsten Hasses (des Hasses der Ohnmacht) festgehalten haben, nämlich 'die Elenden sind allein die Guten, die Armen, Ohnmächtigen, Niedrigen sind allein die Guten, die Leidenden, Entbehrenden, Kranken, Hässlichen sind auch die einzig Frommen, die einzig Gottseligen, für sie allein giebt es Seligkeit, - dagegen ihr, ihr Vornehmen und Gewaltigen, ihr seid in alle Ewigkeit die Bösen, die Grausamen, die Lüsternen, die Unersättlichen, die Gottlosen, ihr werdet auch ewig die Unseligen, Verfluchten und Verdammten sein!' ... **Man weiss, wer die Erbschaft dieser jüdischen Umwerthung gemacht hat.** ... Ich erinnere in Betreff der ungeheuren und über alle Maassen verhängnissvollen Initiative, welche die Juden mit dieser grundsätzlichsten aller Kriegserklärungen gegeben haben, an den Satz, ... dass nämlich mit den Juden der **Sklavenaufstand in der Moral** beginnt: jener Aufstand, welcher eine zweitausendjährige Geschichte hinter sich hat und der uns heute nur deshalb aus den Augen gerückt ist, weil er - siegreich gewesen ist ..."
> Friedrich NIETZSCHE, Zur Genealogie der Moral, 8. Vgl. speziell zum ChristInnentum „Der Antichrist"!



Clara und Leon



Originaltext Megafon

Schweiz:

Der Fall eines Strommastes

Die Schweiz, eine der führenden „friedlichen" Atomenergiemächte, hat zugleich seit 1967/68 eine lange Tradition militanten Widerstandes gegen AKWs. Derzeitiger Schwerpunkt der Anti-AKW-Aktivitäten ist nach der Verhinderung des AKW Kaiseraugst der Versuch, das AKW Mühleberg stillzulegen.

****** **Original - Text - Service** ***** **Original - Text - Service** ******

„In den frühen Morgenstunden des 26. April 96 wurde ein Mast der Hochspannungsleitung nahe beim AKW Mühleberg seiner Standfestigkeit beraubt.

10 Jahre nach Tschernobyl: Die Welt gedenkt der Opfer. Zehntausende von Menschen leiden an den sogenannten Langzeitschäden und krepieren langsam daran.

Im Tschernobyl-Gedenkjahr hat Jacques Chirac seine Atombombentests im Südpazifik «erfolgreich» zu Ende gebracht und dort ebenfalls Vernichtung und Zerstörung hinterlassen. Nach Abschluss der französischen Testserie schütteln sich die Vertreter aller Atommächte die Hände und versprechen grosszügig ein Verbot weiterer Versuche, im Wissen, dass sie in der Lage sind, mit ihren Atomarsenalien jederzeit den ganzen Planeten hundertfach in die Luft zu sprengen.

Doch abgesehen von dem ungeheuren militärischen Vernichtungspotential weltweit ticken in Mühleberg, in Gösgen in CreysMalville (Schneller Brüter in Frankreich nahe der Schweizer Grenze, Anm TB) und an den 429 anderen AKW-Standorten der Welt ebenfalls Bomben, die jederzeit losgehen können.

Nicht nur der Sarkopharg von Tschernobyl, auch die radioaktiven Abfälle der funktonierenden AKW bleiben den zukünftigen Generationen überlassen und bergen ein grosses Risiko. Jedes neue Fass radioaktiver Abfälle beinhaltet eine alltägliche Katastrophe.

Es gibt keine Sicherheitsgarantie in der Atomtechnologie. Mit dem Bau von AKW oder der Testzündung von A-Bomben nehmen die Wirtschafts- und Militärköpfe bewusst tausende von Opfer in Kauf.

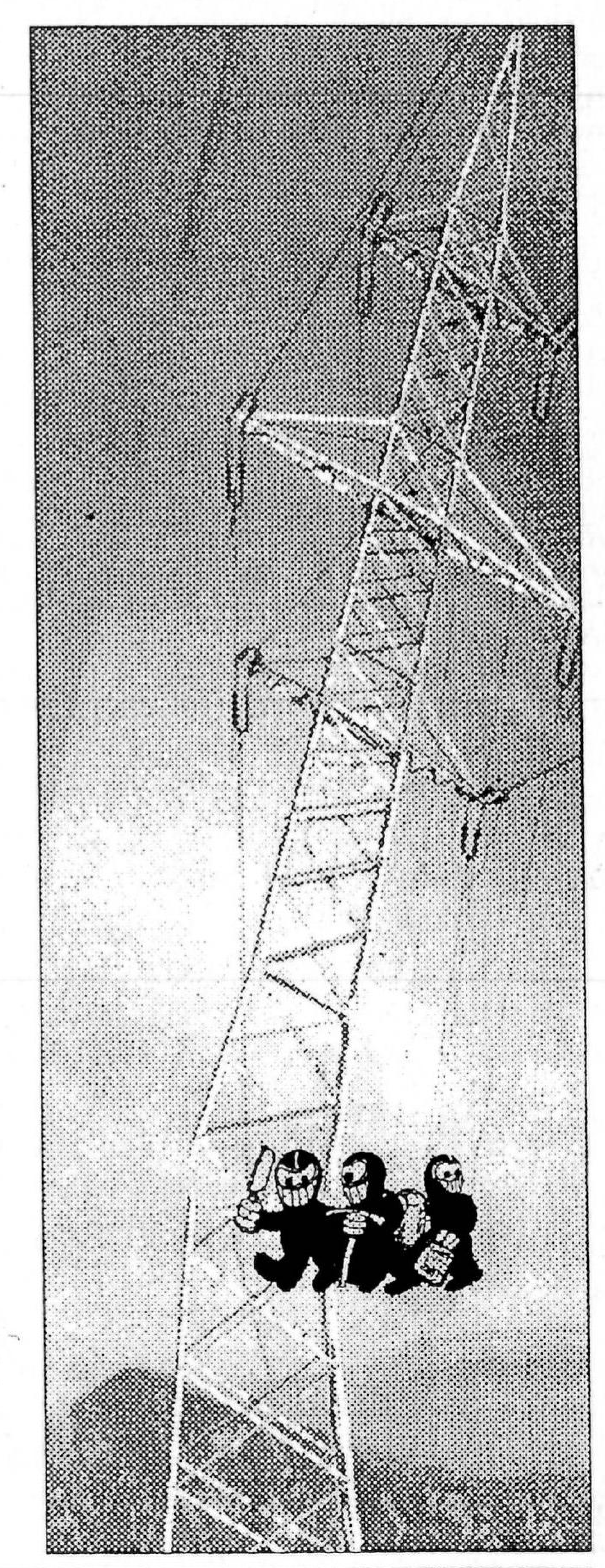
Weil wir nicht einfach tatenlos zusehen wollen, wenn die Atomlobby 10 Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl die Vorteile der Atomenergie anpreist und dabei hauptsächlich an das eigene Portemonnaie denkt, haben wir einen kleinen Beitrag zu ihrer Demontage geleistet.

Es gibt viele Möglichkeiten, die Atomindustrie zu belästigen: Man nehme zum Beispiel einen einfachen Schweissbrenner und nage an den Maststützen. Ein Schnitt nahe beim Betonsockel an einer der Stützen, ein paar Löcher in zwei andere reichen aus. Wir überlassen es den Betreibern, den Abbruch zu vollziehen.

Aber wir nehmen es in Angriff, die Atomindustrie zu sabotieren.

Es grüssen Heidi, Moritz, Ruth, Lisa, Kurt, Jeanne, Gil und Heinz

P.S.: Dem Schweizer Fernseher haben wir eine Videoaufnahme der Aktion zukommen lassen.



Anmerkung TATblatt: Die Zeitschrift Megafon erscheint monatlich, das Heft April 1996 beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Geschichte der Schweizer Anti-AKW-Bewegung inkl. Auflistung aller Aktionen und Demos. Die Anschlagserklärung ist der Ausgabe Juni 1996 entnommen. Adresse: Megafon, Postfach 7611, CH - 3001 Bern

SPRENGEL und die Chaostage

Vom 2. bis 4.8. sind wieder Chaostage in Hannover. Wie auch in den letzten Jahren ruft Sprengel weder zu den Chaostagen auf, noch "organisieren" wir sie. Dennoch besteht kein Zweifel, daß unser Gelände für viele wieder Anlaufpunkt Nr. 1 werden soll. Die beiden Häuser in der Heisenstr, die im letzten Jahr einen relativ sicheren Aufenthaltsort für BesucherInnen darstellten, wurden als „Nachwirkung der Chaostage im Oktober geräumt und abgerissen.

Für Gäste war das Sprengel im letzten Jahr die bestmögliche Unterkunft (Pennplätze für alle bis die Flure und das Treppenhaus überfüllt waren). Als Schutzraum gegen Bullen mit integrierter Sanitäts- Station, mit Blickpunkt über die „besten" Strassenschlachten und einem rund um die Uhr geöffneten Penny - Markt schräg gegenüber war unser Gelände besonders attraktiv.

Für uns, die wir hier leben, waren die Chaostage nicht wirklich lustig. Das lag zum einen am totalen Streß, den reale 2 bis 3 Wochen Chaostage mit sich bringen: Ein mit Leuten vollgestopftes Gelände, ständiger Alarm durch sich überschlagende Ereignisse, Angst vor einer (kurzzeitigen) Räumung durch die Bullen..... Zum anderen fanden nur wenige von uns die Chaostage hundertprozentig klasse: Zu viele Dull - Aktionen (Schlagen einer Penny- Kassiererin, Gefahr eines brennenden Nachbar- Wohnhauses, Sachen bei uns und im Stadtteil gingen in Arsch, die es nicht verdient hatten) und zu viele besoffene Mackertypen, die sich durch ätzende Sprüche und Gewaltgeilheit profilierten. Kein Wunder, daß sich immer mehr Hools und andere Arschlöcher der Randale anschließen konnten.

Hinzu kam die kurz vor den Chaostagen von einigen sogenannten „Punkern" (wir schreiben das so, weil wir nicht alle Punks in einen Topf werfen) verübte Brandstiftung gegen das auf dem Sprengel gelegene Schwulen&Lesben - Projekt „Schwule Sau". Dies stellte die Eskalation eines Konfliktes dar, der seit Jahren darin besteht, daß eine bestimmte „Punker"-Clique politische und kulturelle Initiativen in der Nordstadt bedroht und angreift. Die beiden bekanntgewordenen Brandstifter flogen damals vom Gelände. Die hannoversche Punkszene distanzierte sich kaum oder nur halbherzig von ihnen. Unsere Befürchtung, daß die zwei Rausgeschmissenen und ihre Kumpels mit ihrer anschließenden Mobilisierung („Sprengel plattmachen") Erfolg bei den ChaostagebesucherInnen haben könnten, bestätigte sich letztes Jahr nicht.

Dieses Jahr eskalierte der gleiche Konflikt erneut und noch heftiger. Im Januar griffen 7 sog. „Punker" die „Schwule Sau" an, nachdem sie zuvor vergeblich versucht hatten Alk zu schnorren. Sie warfen mehrere Scheiben ein und hebelten an der Tür herum. Damit war die „Sau" bereits zum sechsten oder siebten Mal Zielscheibe schwulenfeindlicher Attacken seitens dieser „Punker" geworden.

Als zwei der Typen, von denen wir wußten, daß sie beteiligt waren, rausfliegen sollten, solidarisierten sich fast alle der Sprengel - „Punker" mit ihnen. Als Rache für den später erfolgten Rausschmiß demolierten sie am nächsten Tag später mit zahlenmäßiger Unterstützung u.a. aus Hamburg Teile unseres Hauses. Seitdem tobt ein Kleinkrieg in der Nordstadt, der von einigen der „Punker"- Clique forciert wird. Nach drei Angriffen aufs Sprengel im März (z.T. von Sieg - Heil- Gegröle begleitet) folgten Übergriffe gegen einzelne von uns und als Negativ- Höhepunkt der Wurf eines Molotow-Cocktails in eine Gruppe von uns, wobei eher zufälligerweise niemand verletzt wurde. Vom 10.-12.5. fand eine „Punk - Party" in Hannover statt, zu der in verschiedenen Städten mit dem Hinweis „Sprengel plattmachen" mobilisiert wurde. Die Party wurde allerdings von den Bullen brutal abgeräumt, wobei es 30 Festnahmen gab.

Genauere Infos zum gesamten Konflikt waren u.a. in den letzten RAZZen (RAZZ = (monatl.) radikale Zeitung für Hannover) nachzulesen.

Unsere Tür bleibt zu! !

Die permanente Bedrohung durch einen Teil der Punkszene macht unser Verhalten während der kommenden Chaostage eindeutiger: Es wird nur Pennplätze für Leute geben, die wir kennen bzw. einladen. D.h. wir werden in den kommenden Wochen in linken/autonomen Zusammenhängen mobilisieren, um

einen gewissen Schutz vor nicht auszuschließenden Angriffen durch beschriebene „Punker“ zu gewährleisten

Obwohl wir letztes Jahr überwiegend gute Erfahrungen mit ChaostagebesucherInnen bei uns machten, bitten wir um Verständnis für unsere Entscheidung. Wir können bei vielen Punks nicht wissen, mit welchen Absichten sie zu uns kommen, da schon in einigen Städten gegen Sprengel mobilisiert wurde.
Wir werden es natürlich nicht zulassen, daß Leute bei uns auf dem Hof zusammengekloppt werden, weil sie vor verschlossenen Türen stehen.
Bislang gibt es kein linkes Projekt in Hannover, daß während der Chaostage geöffnet sein wird. Auch das Fährmannsfest, bei dem unterschiedlichste Bands auftreten und auch von Punks besucht wird, findet zu einem anderen Zeitpunkt statt.
Sollen diejenigen HannoveranerInnen, die ständig die Werbetrommel für die Chaostage rühren doch mal selbst Verantwortung für Pennplätze, Konzert etc. übernehmen.

Was erwartet Leute, die zu den Chaostagen kommen?

Erstmal warten die Bullen. Die Chaostage 95`hielten in der Propaganda der Herrschenden für die Verschärfung des niedersächsischen Gefahrenabwehr-Gesetzes, die sog. Polizeigesetze, her. Tatsächlich sind die bereits verabschiedeten Gesetzesverschärfungen vielfältig anwendbar, z.B. gegen den Widerstand im Wendland.
Die Änderungen umfassen folgende Punkte:

- Die Bullen dürfen überall - ohne die bislang benötigte richterliche Zustimmung - Kontrollstellen in der Stadt einrichten

- Gegen Leute, die so aussehen könnten, als ob sie verdächtig wären, eine Straftat begehen wollen zu würden, kann ein generelles Aufenthaltsverbot ausgesprochen werden. Dieser sog. Platzverweis gilt für einen Stadtteil, eine Stadt oder ein ganzes Gemeindegebiet. Wird den Platzverweisen nicht Folge geleistet und mensch landet in der nächsten Kontrollstelle kann ein 4 Tage „Unterbindungsgewahrsam“ (bislang max. 48 Stunden) aufgebrummt werden.

Soweit grob skizziert die „Rechts“praxis. Zur Durchsetzung derselben werden nicht gerade wenige Bullen in Hannover weilen. Dazu passend wurden die Chaostage bereits verboten. Es gibt Einschätzungen, daß die Nordstadt abgeriegelt sein wird,. in diese Richtung äußerte sich auch die Bullenführung. Auch die Innenstadt dürfte für alle die nicht dem deutschen Reinheitsgebot entsprechen wie in den letzten Jahren schwer zu betreten sein.

Aber sogar 1995 verkündeten die Gesetzeshüter im Vorfeld „alles im Griff“ zu haben. Die alte Idee von Chaostagen in der Innenstadt, die sich zwangsläufig gegen die große Konsum- und Geschäftswelt, aber auch gegen das saubere EXPO 2000 - Image richtet, finden wir nach wie vor o.k. . Sinn der Chaostage kann aber nicht sein linke Zentren plattzumachen.

Fazit

Der Konflikt mit einem Teil der hannoverschen Punkszene veranlaßt uns, noch mal ausdrücklich dazu aufzufordern

– der Hetze und den Überlegungen seitens einiger „Punker“, Sprengel anzugreifen, entgegenzutreten

– uns unmittelbar vor, während und kurz nach den Chaostagen zu unterstützen

Grüße vom Sprengel-Plenum



Wenn ihr mehr über die Auseinandersetzungen auf Sprengel wissen wollt, können wir eine Kopiensammlung mit Texten von `91 bis `96 zusammenstellen. Dafür brauchen wir 3 DM in Briefmarken.
Postadresse ist : Sprengel-Plenum , Schaufelder Str. 33 , 30167 Hannover
Email: Sprengel@oln.comlink.apc.org



DIE SAUBERE REVOLUTION FINDET NICHT STATT!

Der Polizei wäre es am liebsten, sie fänden gar nicht statt, Hannovers Independent-Musiker wollen sie nach Berlin oder Edinburgh verlegen, die Grünen träumen von Punks, die mit Blümchen in der Hand auf einer Wiese sitzen, literweise Clausthaler trinken und „We Shall Overcome" singen. Die Autonomen schließlich, die finden Chaos-Tage nur dann gut, wenn alle Beteiligten in gut organisierten Kleingruppen einreisen, sich unauffällig verhalten und dann gezielt und vermummt gegen Banken und Konzerne vorgehen. Die Genehmigung erhalten sie abe wenn sie vorher in einem Fragebogen detaillierte Auskunft über ihre „political correctness" geben. Soweit die verschieden llungen, die sich da in manchen Köpfen über Punks im allgemeinen und Chaos-Tage im speziellen tummeln. Die Rea leider viel unangenehmer und dummerweise auch verwirrender - für alle Beteiligten! Deshalb wohl auch die Bezeichnı '... Daneben ist es aber wirklich phantastisch, mit welcher Leichtigkeit das Phänomen „Chaos-Tage" es fertig bringt, Grol ohle Phrasen bis ins Detail bloß zustellen. Mit der Riesenlupe wird das ganze Kasperletheater mit all seiner platten Regie in erangeholt, bis auch der letzte Depp weiß, wie verlogen, selbstzufrieden und heuchlerisch die einzelnen Darsteller ihre Rollen a ı. Die Polizei, das ist die Müllabfuhr der Gesellschaft. Sie ist unter anderem dafür zuständig, daß Asoziale, Amokläufer, Junkies, Penner, Jugendgangs und auch Straßenpunks, kurz, der menschliche Müll, nicht andauernd in der Gegend herumliegt, -steht oder gar danach trachtet, dem wohlhabenderen Teil der Gesellschaft um Besitz und Wohlstand zu bringen. Der Müll wird dementsprechend wie ein Stück Scheiße behandelt, und das hat er gefälligst auch passiv zu ertragen. Umso größer ist dann natürlich das Geschrei, wenn es diese asoziale Bande dann doch mal wagt, sich zu wehren oder gar ***ANZUGREIFEN***! Dann sind Recht und Ordnung in Gefahr und härtere Gesetze bei den Politikern einzufordern. Die Grünen hingegen und ihr sozialer Unterbau, die Alt-68er, sind einerseits das schlechte Gewissen der Gesellschaft und andererseits der warme Furz der angepaßten Ex-Rebellen. Sie sprühen förmlich über vor Sympathie für die „Entrechteten", die aber ansonsten nur Ziele linker Wegbehandelungsversuche sind und immer wieder als Objekte sozialkritischer Beweisführungen herhalten müssen. Im linken Lebensplan haben die Kaputten ausschließlich eine Existenzberechtigung zur Sicherung der beruflichen Existenz z.B. als Sozialarbeiter, Drogentherapeut etc. Der totale Horror vieler Linker aber ist die Vorstellung, der Mob könnte einmal aus dieser passiven und bevormundeten Rolle ausbrechen oder gar als ***MASSE*** auftreten. Dann geht es ausschließlich um Schadensbegrenzung, „friedliches Zusammenleben" und um „soziale Konzepte", sprich: Die Machtverhältnisse sollen gefälligst so bleiben wie sie sind! Auch die Musiker in ihrem Selbstverständnis als besonders „empfindsame" und „künstlerische" Elite finden die Welt immer dann kritikwürdig und scheiße, wenn andere Ruhm und Kohle n. Da sie aber der Meinung sind, eigentlich würde ausschließlich ihnen selbst dieser Platz gebühren, wo man Bürgermeis astern die Hand schütteln darf, ackern sie wie der Teufel an ihrem musikalischen Fortkommen und empfinden jede s direkten Angriff gegen sie selbst. Denn schließlich könnte ja jeder ausfallende Übungstag die nächste erf n in noch weitere Ferne rücken. Deshalb lautet die wichtigste musikalische Grundregel, daß Revolten, Re ndfeste Widerstandsformen immer möglichst weit weg stattfinden sollten, damit man sich ausschließlich in So. echtigkeiten dieser Welt auseinandersetzen muß - und nicht vor der Haustür! Kommen wir nun zur autonomen od tionären Linken, die ja eigentlich immer so ein gewisses erotisiertes Prickeln unter der Haut verspürt, wenn irgendwo die Ba n brennen, aber dennoch zumindest in Hannover nicht so recht warm werden will mit Chaos-Tagen. Man spürt eine gewisse Angst, daß die paar linken Nischen, die man sich erkämpft hat (oder mit denen man abgespeist wurde?), im Zuge der Chaos-Tage von Stadt und Polizei plattgemacht werden könnten und beklagt die „Verantwortungslosigkeit" der Punk-Szene, das Sprengel-Gelände und andere Projekte durch die Mobilisierung zu Chaos-Tagen zu gefährden. Es sei daneben, Leute für „nichts" zu verheizen. Ihnen „geht es um Widerstand, und zwar gezielt und vermittelbar. Widerstand unter größtmöglichem A schluß von faschistoiden oder sexistischen Verhaltensweisen", um einen „Kampf für eine freie Gesellschaft" (Zitate aus einem l-Artikel in der letzten RADIKAL) Und obwohl die klugen Polit-Köpfe klar erkannt haben, daß unsere Gesellschaft den me üll zu Hunderttausenden wie am Fließband auf die Straße wirft und bei den restlichen Menschen die Seele derart grol 3 Verformungen eher Norm als Ausnahme sind, wünscht man sich doch den „sauberen Widerstand", der allerhöcl CHT, als sei er moralisch verkommen. Diejenigen aber, die wirklich kaputt sind, vielleicht auf der Straße leben, deren ampf nicht von edlen oder gar politischen Motiven geleitet wird, die wurden schon früher von kommunistischer Seite letariat" gebrandmarkt. Wenn der Müll stinkt, dann will man doch lieber nichts mit ihm zu tun haben. Die Schmutzarb an dann allerdings gerne der Polizei, die hinterher prima für ihr „faschistoides Verhalten" kritisiert werden kann. Darin un sie sich nicht vom Normalbürger: Die wollen sich auch nicht vorstellen, mal selbst zum Abfall zu gehören. Und wenn's d assiert, können sie sich in ihrer Vereinzelung nicht mehr wehren und dämmern nur noch alkoholisiert und apathisch dahin. Aber stellt euch mal vor, alle Asozialen dieses Landes würden sich in einer Stadt versammeln, nicht länger die Schnauze halten, sondern der Welt mal richtig ihre Wut und Verzweiflung ins Gesicht kotzen! Jaja, die autonome Linke fände die Idee irre revolutionär und subersiv, aber bitte schön nur dann, wenn sie in Geschichtsbüchern steht und eine Situation schildert, die 80 Jahre zurückliegt - am besten irgendwo im zaristischen Rußland. In allen anderen Fällen aber ist leicht vorauszusagen, was passieren würde: Am besagten Wochenende würden sie fluchtartig die Stadt verlassen und sich hinterher über den brutalen Polizeieinsatz aufregen. So wie bei den Chaos-Tagen von Hannover! Oder aber es wird in ***RADIKALER*** Verlogenheit z.B. den Punks „Verantwortung" abverlangt, um die eigenen Projekte, die „eigenen Viertel" irgendwie einigermaßen ungefährdet über die nächsten Jahre zu retten. Denn es war zwar die ***ABSICHT*** der Punks, ihr Treffen in der City durchzuziehen, aber man hätte ja ***WISSEN*** müssen, daß die Polizei das nicht zulassen und den Zoff einfach in die Nordstadt exportieren würde. Also: Am besten ***GAR KEINE CHAOS-TAGE***, denn sie sind ***GEFÄHRLICH*** - und zwar in erster Linie für linke Projekte. Mit dieser Argumentation als Maßstab könnten sie sich gleich ***JEDE*** Form des Widerstands sparen, oder zumindest die wirkungsvollsten. Denn das sind genau die Formen, die auch die heftigsten Reaktionen des Staates provozieren. Aber vielleicht haben sie diese Einsicht ja längst realisiert... übel und fast schon in die Nähe biederen Lokalpatriotismus gerät man aber, wenn man den anreisenden Punks unterstellt, „mehr oder weniger wohlbehalten nach Hause zu fahren", während die armen Hannoveraner die „Konsequenzen ausbaden" müssen. Daß da 1200 Leute festgenommen wurden und mehrere Hundert ein Verfahren verpaßt bekommen haben, läuft hier wohl unter „mehr oder weniger wohlbehalten"... Die kritisierte „Verantwortungslosigkeit" der Punk-Szene ist dabei ein Prinzip, das schon längst in die Grundfesten unserer ***GESAMTEN*** Gesellschaft fest einzementiert ist: Wer weiß denn überhaupt, wofür er oder sie noch verantwortlich ist? Zur Zeit fahren wir jedenfalls gerade alle voll verantwortlich mit dieser Gesellschaft gegen die Wand, und das geschieht voller Lust, Freiheit und mit VISA-Card. Unsere Gesellschaft in ihrer radikalen Zerstörungswut hat totale Vernichtung plus Gedankenlosigkeit als höchstes Gut festgelegt. Die Antwort der Punks: Wieso nicht mal an einem Wochenende eine ganze Stadt vernichten - wenigstens zum Spaß... Dabei halten sich die Chaos-Tage allerdings überhaupt nicht an die ungeschriebenen linken Gesetze der Revolte. Wenn in Berlin zum Revolutionären 1. Mai die Steine im Dreivierteltakt fliegen, dann ist das schon zwar

auch nicht unbedingt sehr „verantwortlich“ - schließlich fragt ja auch hier keiner die Bürger, ob sie was dagegen haben, daß gerade Straßenschlachten in ihrem Viertel stattfinden (oder anders: „in Schutt und Asche gelegt“ wird...), und daß da 14jährigen Immigrantenkids beim Steineschmeißen helfen, stört auch nicht weiter - aber ansonsten geht das schon in Ordnung, weil alles nach den altbekannten Ritualen abläuft. Da gähnt sogar mittlerweile die Polizei, wenn Flugblätter, stinklangweilige Möchtegern-Revoluzzerreden und Sturmhauben den Krawall einleiten. Der Textbaustein im Radio geht dann so: „Die Demonstration verlief friedlich. Nach Beendigung der Abschlußkundgebung begannen mehrere Hunderte Vermummte, Bauwagen umzustürzen und Steine auf Polizeibeamte zu werfen. Es gab mehrere Verletzte und Festnahmen.“ Bei den Chaos-Tagen aber lassen sich diese Textbausteine nicht einsetzen, und die Folge ist Angst, Unsicherheit und Verwirrung auf allen Seiten. Denn es ist eine Sache, von Revolution und Freiheit zu schwärmen und den „Widerstand“ zu predigen. Wenn dann einmal aber nicht die aufgeklärte politische Elite, sondern der gemeine Mob rebelliert gegen Phantasielosigkeit, Seelenqual, P[illegible]terror und auch Armut, dann wird vielen Großmäulern von gestern schnell der Boden zu heiß unter den Füßen. Wenn es wirklich [illegible] e entfesselte Wut explodiert, wenn die Revolte von niemandem mehr kontrollierbar ist und vor niemandem mehr haltmach[illegible] der fleischgewordene Alptraum jedes guten deutschen Revolutionärs, der seine politischen Positionen wohl mehr sc[illegible] als Lebenseinstellung“ versteht und weniger als konkrete Aufstandsvorbereitung. Dann doch lieber den Revolten in L[illegible]ighton am Fernsehschirm zujubeln, auch wenn da ganz schön die Fetzen fliegen... Gruppen wie das Sprengel-Plenum [illegible]nächst einmal die Gefahren der Chaos-Tage für die eigene revolutionäre Idylle aus „selbstbestimmtem Wohnen“, Sch[illegible]d FrauenLesbenCafe und überhaupt nicht die Chance, im Zuge der Chaos-Tage Aktionen durchzuführen und damit die e[illegible]acht zu durchbrechen. Es schmeckt ihnen nicht, daß da keine politisch korrekte „saubere Revolte“ stattfindet, und weil sie zudem aufgrund ihrer eigenen Passivität ein schlechtes Gewissen haben (vielleicht war man ja selbst mal Punk...) sitzen sie nun da wie ein Kaninchen vor der Schlange und zittern angesichts der kommenden Dinge. Anstatt zu sagen: „Gut, wenn wir verhindern wollen, daß die Polizei die Chaos-Tage in unser Viertel exportiert, dann überlegen wir uns doch einfach mal, wie wir das Spektakel in die Viertel der Reichen verlagern!“ Aber dieser politische Ansatz existiert überhaupt nicht, weil die Chaos-Tage in erster Linie als Bedrohung wahrgenommen werden. All das macht aber klar, wieso die Chaos-Tage ***ÜBERHAUPT*** so plötzlich wieder auf der Bildfläche erschienen sind, und dazu noch derart „back with a bang“, daß alle bisherigen Punktreffen total dagegen verblassen. Denn in Hannover (und das gilt genauso für andere Städte) hat sich die autonome Linke schon lange in ihren vom Staat gewährten Nischen häuslich eingerichtet und vegetiert in ihrer Zahn- und Erfolglosigkeit dahin. Die wenigen Mini-Demos des Schwarzen Blocks gegen die EXPO 2000 etwa wurden eher belächelt als in ihrer politischen Wirksamkeit gefürchtet. Kein Wunder, daß sich die Punk-Szene ***IHRE*** Aktionsformen nicht von schwatzhaften autonomen Grüppchen vorschreiben lassen will, sondern in immer neuen eigenen Anläufen versucht, die Party in der Innenstadt durchzusetzen. Schließlich ist die Punk-Szene kein Wurmfortsatz autonomer Kreise, und deshalb werden die Leute, die zu den Chaos-Tagen anreisen, einfach ***SELBST*** entscheiden, was sie unter Chaos-Tage[illegible] Eine Party mit und ohne Livemusik, Katz- und Maus-Spiele mit der Polizei oder auch nur Vollsuff. All diese Leute, die im[illegible]annover kommen, riskieren ihren Arsch ***FÜR NICHTS*** außer ihrem Lebensgefühl. Das imponiert schon, macht aber [illegible] Würstchen die anderen sind. die außer Geschwätz nichts zutage bringen. Die Chaos-Tage sind ein wichtiges Ir[illegible], die „saubere“ Revolte, so gut wie tot ist. Oder hat es sie überhaupt jemals gegeben? Die Organisationsfähig[illegible]ivität der Autonomen, scheint jedenfalls so sehr am Boden, daß sie noch nicht einmal fähig sind, sich geziel[illegible]n“ Chaos-Tage zu wehren - geschweige denn gegen den Staat! Von einer eigenen Alternative will ich hier ga[illegible]as Chaos bringt Veränderung, auch wenn sie manchem schmerzhaft erscheinen mag, und die alten Strukturen werden ein[illegible]berrollt. Mittel der Veränderung sind nicht Flugblätter, linke Plenen oder Haßkappen-Demonstration. Wer die harte Nuß, die sich „Zivilisation“ schimpft knacken will und dabei keine Angst vor unangenehmen Gerüchen hat, wird sich einfach der mächtigen Mechanismen bedienen und sie ***MISSBRAUCHEN***! Die Chaos-Tage etwa werden schon längst von Medien und Polizei gemacht, denn sie sitzen auf der Realität wie ein Virus, der überhaupt kein eigenes Leben benötigt sondern sich vorhandener Zellstrukturen bedient. Deshalb ist es auch so schwer zu zerstören. Das Treffen selbst ist schon längst aus dem Ghetto eines reinen Punk-Meetings ausgebrochen und wird all diejenigen anziehen, die sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollen, medienwirksam Staat und Polizei vorzuführen - auf welche Weise auch immer. „David gegen Goliath“ steht auf dem Spielplan, und seine Teilnehmer werden sich sicher nicht an den von Autonomen aufgestellten Regeln der „political correctness“ orientieren. Die Autonome Linke sollte die Gelegenheit nutzen, sich die Chaos-Tage genau anzuschauen, denn auch die sozialen Aufstände von morgen werden keine politisch korrekten sein und ebensowenig geführt von der politischen Linken. Denn der Müll weiß überhaupt nicht, wie man sich „politisch korrekt“ wehrt, und noch weniger will er sich von linker Moral kanalisieren oder gar instrumentalisieren lassen. Wenn es erst einmal soweit ist, daß die Neokannibalen die Straßen unsicher machen, dann gerät die Linke ganz schön in die Zwickmühle, erfüllt von Angst, selbst vom Aufstand hinweggespült zu werden. Das wird dann Entscheidungen verlangen, und plötzlich werden sich viele „Linke“ in einem Boot mit den Herrschenden wiederfinden, nur um die eigene Haut zu retten. Gegen Asoziale, Punks, Kriminelle, Ausländer. Oder wie?

Wichtige Meldung in eigener Sache!

Wie nicht anders zu erwarten versuchen uns anscheinend aufgrund der enormen Popularität und Gefährlichkeit des CANNIBAL HOME CHANNEL offizielle Stellen den Saft abzudrehen. Es gibt durchaus realistische Anzeichen dafür, daß unser Server (= Sender) in Großbritannien in Kürze ausgeschaltet wird. Falls die Adresse HTTP://www.cyberado.co.uk/chc/ nicht mehr aktuell sein sollte werdet ihr an der Stelle im Netz an der sich die Adresse befand auf jeden Fall einen Hinweis finden, wo wir zukünftig zu finden sein werden. Zur Sicherheit haben wir heute schon in verschiedenen Newsgroups Kopien des CHC abgelegt, beispielsweise unter http://members.aol.com/kidba/chc/default.html. Diese Adressen sind zahlreich und können sich schnell ändern. Um einer völligen Vernichtung zu entgehen haben wir mittlerweile außerdem einen weiteren Server im Ausland installiert, der im Katastrophenfall sofort ans Netz gehen wird, so daß der Informationsfluß in keinem Fall gestoppt werden kann.

Das Erbe der Menscheit wird privatisiert



Versuchsacker für genmanipulierte Kartoffeln verwüstet

BM Potsdam, 21. Juni

Auf den Golmer Versuchsfeldern des Max-Planck-Instituts haben unbekannte Täter ein Fünftel der 2,5 Hektar großen Fläche verwüstet, auf der Anfang Mai der erste Freilandversuch mit genmanipulierten Pflanzen gestartet worden war. Das teilte die Polizei gestern mit. Die Kartoffelpflanzen seien bereits am Dienstag herausgerissen worden. Auch seien Umzäunung, Beregnungsanlage sowie diverse Schilder beschädigt worden.

In Golm sind Tausende von Kartoffeln gepflanzt worden, bei denen ein zusätzliches Spinat-Gen einen besseren Stärkegehalt bringen soll. Rund 40 000 gentechnisch veränderte Kartoffeln sollen pro Jahr auf dem Versuchsfeld in Golm bei Potsdam bis zur Jahrtausendwende getestet werden. *ADN*



Das Erbe der Menschheit wird privatisiert



Ein Interview mit Jonathan King über Patentierung

Angefangen hat es mit einem gentechnisch veränderten Mikroorganismus, auf den Anfang der 80er Jahre in den USA das erste Patent erteilt wurde. Inzwischen sind schon menschliche Zellen patentiert, und die Biotechnologie-Industrie will sich die Exklusivrechte für ganze Arten sichern. Die Gefahr ist groß, daß das gemeinsame Erbe der Menschheit – ihr Genpool – privatisiert wird.
Über die Konsequenzen und Gegenargumente sprach der Autor Ludger Weß mit Jonathan King, Professor für Molekularbiologie am Massachusetts Institute of Technology in Cambridge/USA. King ist einer der Gründungsmitglieder des „Council for Responsible Genetics" in Cambridge und hat sich in den letzten Jahren intensiv mit den Folgen der Patentierung für Wissenschaft und Gesellschaft auseinandergesetzt.

VON LUDGER WESS

Wann wurde eigentlich entschieden, daß lebende Wesen patentiert werden können?

In den USA geht das Patentrecht auf Thomas Jefferson zurück. Das war vor 200 Jahren. Jefferson war Pflanzenzüchter, und er hat lebende Wesen vom Patentsystem ausgeschlossen. Bis Anfang der 80er Jahre dieses Jahrhunderts waren Pflanzen und Tiere daher von der Patentierung ausgeschlossen. Es gab allerdings seitens der Agrarindustrie sowohl in den 20er als auch in den 50er Jahren Versuche, Tulpen, Früchte oder Obstbäume durch Patente schützen zu lassen. Aber ein Zusammenschluß von Farmern und Konsumenten hat das jedesmal verhindert.

Dann hat Anfang der 80er Jahre ein Wissenschaftler namens Chakrabarty, der für die Industrie arbeitete, einen Patentantrag auf einen gentechnisch veränderten Mikroorganismus gestellt. Das wurde damals von der Regierung zunächst aktiv bekämpft. Der Streit ging schließlich bis zum Obersten Gerichtshof, und dort wurde in einer sehr knappen Entscheidung, nämlich 5:4, geurteilt, daß genetisch modifizierte Mikroorganismen in der Tat patentierbar seien.

Zu diesem Zeitpunkt meinten viele Biologen: „Na ja, das ist eine sehr spezielle Entscheidung, es geht nur um Mikroorganismen", aber einige meiner Kollegen und ich, die wir uns gegen dieses Patentierungsansinnen engagierten, waren der Ansicht, daß dies ein Präzedenzfall sei. Denn wenn man einmal die Patentierung eines lebenden Organismus erlaubt hat, so sagten wir, dann wird es über kurz oder lang auch auf höhere Organismen angewandt werden. Und tatsächlich haben wir ja jetzt bereits die Patentierung genetisch veränderter Mäuse und sogar die Patentierung der Gene selbst.

Das war also eine juristische Entscheidung, die den Standpunkt der Industrie einnahm, von Firmen also, die hoffen, daß sie von der Monopolisierung bestimmter Organismen profitieren.

Kennen Sie irgendein Parlament auf der Welt, das die Frage, ob Lebewesen patentiert werden dürfen, behandelt und entschieden hat?

Nun, der Kongreß der Vereinigten Staaten hat sich nicht damit beschäftigt, obwohl er das natürlich getan haben sollte. Der Kongreß hätte klären sollen, ob der Oberste Gerichtshof das Recht richtig interpretiert, und falls nicht, dann wäre es die Aufgabe des Kongresses oder des Parlaments, die Frage zu klären. Der US-Kongreß hat es abgelehnt, sich mit der Frage zu beschäftigen. Soweit ich weiß, hat nur das Europäische Parlament bislang darüber debattiert. ▶





► Was bedeutet es denn, wenn ein Gen patentiert wird? Kann man denn überhaupt erschöpfend beschreiben, was ein Gen ist? Und wenn man das kann, ist es dann wirklich eine Erfindung oder nur eine Entdeckung?

Nun, alle Gene aller Organismen, die es gibt, haben sich im Laufe von Hunderten von Millionen Jahren entwickelt, und sie sind natürlich keine menschlichen Erfindungen, sondern Entdeckungen. Auf der anderen Seite, wenn jemand ein Gen, sagen wir aus einer Eiche isoliert, es in Stücke aufschneidet und die Stücke mit Genen von einem Thunfisch neu zusammensetzt, dann ist es natürlich wahr, daß solche Hybridgene in der Natur nicht vorkommen, und das ist die Basis für das juristische Argument, daß es sich um Erfindung, um etwas Modifiziertes handelt.

Aber das ist eine technische Debatte, die zwischen Patentanwälten geführt wird: Wenn z. B. Firma X ein Patent beansprucht, weil das Gen eine Erfindung sei, dann kommt Firma Y daher und behauptet, es sei nur eine Entdeckung. Und im nächsten Fall kehrt sich das dann wieder um: Firma Y beansprucht ein Patent und verteidigt es als Erfindung, und Firma X bestreitet das. Das sind Argumente von Rechtsanwälten.

Das öffentliche Interesse ist aber ganz etwas anderes. Der Dreh- und Angelpunkt ist, daß der Ursprung des Patentsystems darin liegt, kreative Menschen abzusichern, Erfinder, die sozial nützliche Dinge tun, zu schützen und sicherzustellen, daß sie nicht hungern und genug zum Leben haben.

Wie ist das zu verstehen?

In der Amerikanischen Revolution ging es zu einem guten Teil darum, die Monopole aus England zu brechen und abzuwerfen, und Jefferson hat bei der Abfassung der Patentgesetze sehr klar zum Ausdruck gebracht, daß er sich dessen bewußt war, daß auch ein Patent eine Form von Monopol ist. Er hat daher gesagt: "Wann immer das öffentliche Interesse das Interesse des Erfinders, der an einem Monopol seinen Lebensunterhalt verdient, überwiegt, dann darf kein Patent erteilt werden. Es ist im öffentlichen Interesse, daß Erfinder nicht hungern, und daß sie ihren Lebensunterhalt verdienen können." Aber das ist auch schon alles, es geht nicht um irgend etwas zentrales, irgendeine zentrale Sozialpolitik. Monopole sind ein Mißstand, eine sehr unglückliche soziale Einrichtung.

Nun, und heute geht es wohl kaum um hungernde Erfinder. Die Rede ist von multinationalen Konzernen, von gut ausgestatteten Wissenschaftlern und großen Forschungseinrichtungen. Es geht natürlich auch um eine große Umwälzung: Das gemeinsame Erbe der Menschheit, also die landwirtschaftlich bedeutenden Pflanzen und Tiere, aber auch natürlich alle Menschen, werden als Privateigentum betrachtet. In meiner Sicht und auch der Sicht einiger meiner Kollegen ist das gefährlich, es ist nicht im Interesse der Menschen auf dieser Welt und auch nicht im Interesse der Wissenschaftsgemeinschaft. Die 0,1% der Bevölkerung, denen die Firmen gehören, werden die Patente gehören: Sie werden reich dabei werden, und die anderen 99,9% werden dafür zahlen.

Nun sagen ja die Biotechnologiefirmen, daß das Patentrecht dazu da sei, neue Märkte zu organisieren und daß es keinen neuen Markt geben werde, wenn Gene und Organismen nicht patentiert werden können. Und Wissenschaftler behaupten, daß es keine Kooperation mit großen Firmen und vor allem auch keine Forschungsmittel aus der Industrie geben werde, wenn sie sich ihre Entdekkungen nicht patentieren lassen können.

Solche Behauptungen sind einfach falsch. Patente sind ein Mechanismus, um Wettbewerb einzuschränken, und sie garantieren Superprofite, weil man nämlich andere Firmen aus dem Geschäft heraushalten kann. Wenn man also solche Superprofite machen und Risikokapital anziehen will, dann ja. Aber wissen Sie, Hefe z. B. ist nicht patentiert, und trotzdem gibt es viele Firmen, die es richtig finden, Bier herzustellen, und sie machen gutes Bier. Sie können keine andere Firma davon abhalten, Bier zu machen und produzieren trotzdem. Es stimmt also nicht, daß man Patente haben muß, um die Biotechnologie zu entwickeln. Wir hätten viel mehr Wettbewerb, wenn wir nicht sicher sein könnten, daß andere Firmen nicht schneller voran kommen. Es gibt viele Märkte auf der Welt, die ohne Patente auskommen, da wird eben härter gearbeitet und da kommen auch bessere Produkte bei heraus. Da braucht man solche künstlichen Instrumente nicht.

Nehmen wir die Geschichte der Antibiotika in den USA, bei der Patente nichts zur Kreativität und Produktivität beitrugen. Statt dessen erlaubten sie hohe Preise und verhalfen so einigen Firmen zu sehr, sehr hohen Gewinnen. Als die Patente ausliefen, da verschwanden die Antibiotika auch keineswegs vom Markt. Statt dessen gingen die Preise runter.

Auswirkungen auf die Wissenschaft

Was wird mit der Wissenschaft passieren, wenn mehr und mehr Gene, mehr und mehr Organismen patentiert werden?

Zunächst einmal wird es die Entwicklung von Wissenschaft und Technik hemmen, weil Patente immer mit einer Periode der Geheimhaltung verbunden sind. Wenn man seine Ergebnisse veröffentlicht, dann sind sie bekannt, dann sind sie in der Welt, und andere können die Informationen benutzen, mit den genetischen Konstrukten weiterarbeiten etc., aber dann kann man sie auch nicht mehr patentieren. Wenn man also Patente will, dann ist es oberstes Gebot, nicht zu verraten, woran man arbeitet, und das beschränkt den Fluß an Kommunikation, den Austausch von Material, kurz, das ist ein Alptraum für die Entwicklung der Wissenschaft.

Zweitens, das Patent selbst ist ein Mechanismus, andere Firmen, Forschungseinrichtungen und Universitäten davon abzuhalten, mit den patentierten Materialien weiterzumachen, sie zu erforschen und zu entwickeln. Noch mal, es ist ein Mechanismus, um einem sehr, sehr kleinen Teil der Bevölkerung Superprofite zu ermöglichen. Und es wird wesentlich dazu führen, das Wachstum von Wissenschaft und Technik und insbesondere die Entwicklung der biomedizinischen Forschung zu behindern. Auf bestimmten Gebieten, wo man sehr viel Geld machen kann, da wird es die Entwicklung vielleicht sogar beschleunigen, zweifellos. Eine Hautcreme mit den Genen von Marlene Dietrich oder Sophia Loren mag das Wachstum der Hautcremeindustrie beflügeln, aber im Allgemeinen ist das eine Abweichung der industriellen Entwicklung und kein Vorteil.

Nun werden ja aber nicht nur Patente auf Gene erteilt, sondern auf Organismen, landwirtschaftliche Nutzpflanzen zum Beispiel. Was bedeutet das für die Entwicklung der Landwirtschaft, wenn mehr und mehr Pflanzen patentiert werden?

Ich halte das für ein sehr ernsthaftes Problem. Hier können wir auch zurückblicken auf eine historische Entwicklung. Ich bin nicht sehr vertraut mit der europäischen Erfahrung, aber in den Vereinigten Staaten haben die Saatgutfirmen und Züchter mehrmals in der Geschichte versucht, eine Art von monopolistischer Kontrolle über bestimmte Saaten oder Pflanzenlinien zu bekommen, z. B. beim Hochleistungsmais. Der Grund dafür ist, wenn man den Zugang zu diesen Sorten kontrollieren kann, dann kann man auch die Produktion kontrollieren, dann kann man die Preise steigern. Das funktioniert wie überall, wie z. B. mit dem Öl Solange es genug davon gibt, sind die Preise stabil. Wenn man aber die Zirkulation des Öls einschränken kann, durch Krieg oder durch zwangsweise Verknappung, dann treibt man die Preise in die Höhe.

Bei der Patentierung von Pflanzen ist es so, daß Sie als Bauer diese modifizierten Sorten nicht pflanzen können, wenn Sie die Saat oder die Linie nicht kaufen. Ich bin sicher, daß es da zunächst eine lange Zwischenperiode geben wird, in der die existierenden, natürlich gezogenen Sorten durch die neuen, modifizierten ersetzt werden. An einem bestimmten Punkt ist dann ein Beinahe-Monopol auf bestimmte Pflanzensorten erreicht. Und das wird die Agrarfirmen in die Lage versetzen, die Lebensmittelpreise deutlich in die Höhe zu treiben. Und eine deutliche Erhöhung der Lebensmittelpreise, egal in welcher Sparte, ob nun beim Reis oder bei Milchprodukten, wird bedeuten, daß Leute Hunger leiden werden, die jetzt noch nicht hungern. Es ist doch nicht im Interesse des allergrößten Teils der Bevölkerung auf dieser Erde, daß die Nahrungsmittelpreise steigen! Wir brauchen Nahrungsmittelpreise, die stabil bleiben, die besser noch heruntergehen!

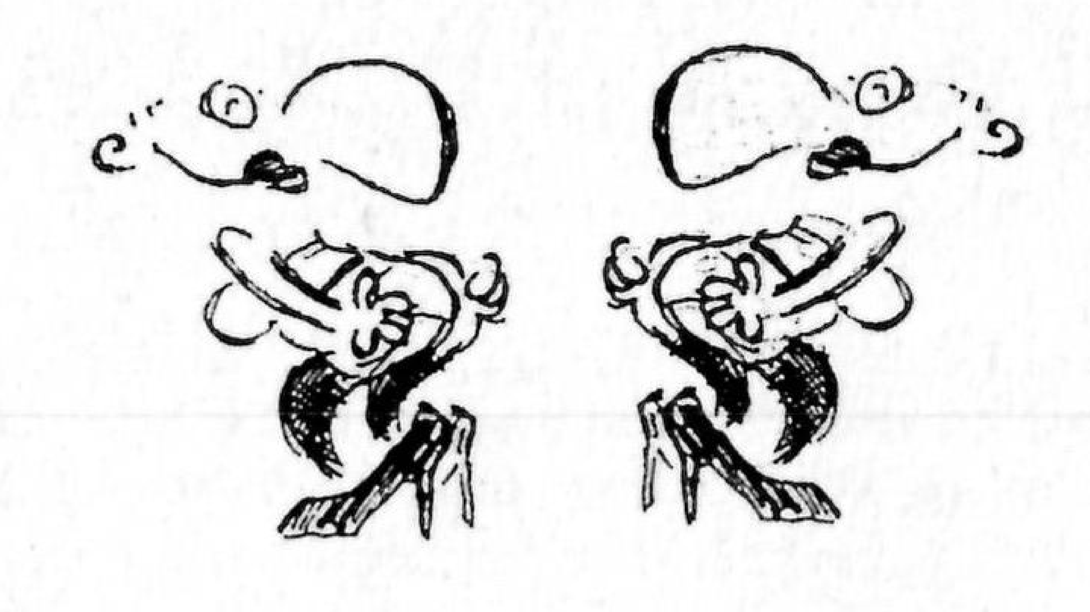
Die gentechnische Modifizierung wird zwar oft damit begründet, daß sie die Preise senken wird. Aber in Wirklichkeit geschieht doch wohl das Entgegengesetzte. Ein schönes Beispiel ist das Humaninsulin, wo es hieß, gentechnisch hergestelltes Insulin kann viel billiger produziert werden als das von Schweinen oder Kühen. Aber als das Humaninsulin dann schließlich da war, wurde es zu viel höheren Preisen verkauft als das konventionell produzierte.

Gibt es denn schon Beispiele für sehr weitgehende Patentansprüche, sagen wir auf Pflanzen?

Ja. Nehmen wir das jüngste Beispiel, ein Patentantrag auf genetisch modifizierte Baumwolle. Der Patentanspruch umfaßt jede gentechnische Modifikation von Baumwolle. Eine Reihe von Firmen hat diese Strategie verfolgt. Sie benutzen die Einführung einer begrenzten Anzahl von gentechnisch modifizierten Linien, um den Patentschutz für alle Modifizierungen, und zwar der gesamten Art, zu beanspruchen. Diese Ansprüche werden sich nicht aufrecht erhalten lassen, weil es da eine Konkurrenz bis aufs Messer gibt, und jedesmal, wenn eine Firma mit so einem Patentanspruch kommt, wird es eine andere geben, die das in Frage stellt. Aber das alles liegt daran, daß wir in der Biotechnologieindustrie noch in einem Frühstadium der Entwicklung sind, da fehlt noch die Herausbildung von wirklich großen Firmendimensionen.

Auch in der Automobilindustrie gab es in der Anfangszeit viel mehr Firmen als heute. Da findet ein sehr aktiver Prozeß statt von Verdrängung und Konsolidierung. Das wird in der Agrarindustrie auch passieren. Die Verdrängungskämpfe werden irgendwann aufhören, und die Überlebenden werden ihre Positionen konsolidieren.

Monopole auf bestimmte Pflanzen zu erteilen, bedeutet aber doch nicht nur eine gute Gelegenheit, die Gewinne zu steigern, sondern es bedeutet doch - global gesehen - wohl auch, daß die Inhaber dieses Monopols eine un- ▶



Keine Patente auf Lebewesen – ich möchte ein Beispiel anfügen, um klar zu machen, daß das keine utopische Position ist: Als die Bedeutung der Atomenergie Mitte der vierziger Jahre im Zweiten Weltkrieg klar wurde, da hat der Kongreß beschlossen, daß keinerlei private Patente auf irgend etwas, was mit Atomenergie und Atombomben zu tun hat, erlaubt sind, und das gilt heute noch. Da haben wir einen Präzedenzfall.



► geheure Verantwortung für die Welternährung, für die Bevölkerung übernehmen. Wie geht man mit dieser Verantwortung um?

Kein Privatbesitz an Genen, Arten und Organismen

Da gibt es gar keine Mechanismen, um mit dieser Verantwortung umzugehen, wenn das einmal passiert ist. Jedenfalls ist das meine Position und die von einigen meiner Kollegen. Ich gehöre dem „Council of Responsible Genetics" an, wo Wissenschaftler, Bürger und Umweltschützer Mitglieder sind, und unsere Position ist: Keine Patente auf Lebewesen! Wir meinen, daß der Kongreß klären sollte, daß es die ursprüngliche Intention des Patentrechtes war, Lebewesen von der Patentierung auszuschließen. Der Kongreß sollte klarstellen, daß alle Lebewesen, ihre Zellen, Organe und Moleküle außerhalb des Patentsystems stehen, und ich glaube, daß alle europäischen Parlamente, die Parlamente auf der ganzen Welt, dieser Linie folgen sollten. Schließlich geht es um riesige Ressourcen der gesamten Weltbevölkerung. Reis, Getreide, Mais, Nutztiere, das alles in seiner Gesamtheit in Privatbesitz! Doch diese Organismen sind für das Überleben der Menschheit viel zu wichtig, als daß man sie in die Hände von privaten Agenturen geben könnte.

Ich möchte ein Beispiel anfügen, um klar zu machen, daß das keine utopische Position ist. Als die Bedeutung der Atomenergie Mitte der vierziger Jahre im Zweiten Weltkrieg klar wurde, da hat der Kongreß beschlossen, daß keinerlei private Patente auf irgend etwas, was mit Atomenergie und Atombomben zu tun hat, erlaubt sind, und das gilt heute noch. Das steht in unserem Atomgesetz, dem Atomic Energy Act. Im Grundsatz hat die Regierung gesagt, die atomaren Kräfte sind viel zu gefährlich, um irgend jemand ein Patent darauf zu erlauben. So gibt es also keine privaten Patente auf die Teile einer Atombombe oder ähnliches - obwohl sie industriell hergestellt werden. Da haben wir einen Präzedenzfall.

In einem sehr bedeutenden Bereich sagt man „nein", es gibt keinen Privatbesitz an Genen, Arten, Organismen. Und natürlich beim Menschen - allein die Vorstellung, daß einer Firma oder einem Individuum meine Gene gehören! Alle Menschen haben diese Gene mehr oder weniger gemeinsam, wir haben einen gemeinsamen Genpool. Das läuft doch auf eine Entmenschlichung jedes einzelnen Individuums hinaus, statt auf eine Anerkennung des außergewöhnlichen Potentials von Menschen und der gesamten Menschheit.

Ich würde ganz gern noch einmal auf die Dritte Welt zurückkommen. Können Sie mir kurz beschreiben, was es mit der Suche nach der biologischen Vielfalt auf sich hat? Hängt das auch mit der Patentsituation zusammen?

Ganz allgemein gibt es in der Dritten Welt eine viel größere Artenvielfalt, sagen wir mal in Afrika im Vergleich zu Europa oder in Südamerika im Vergleich zu den USA. Es gibt dort sehr viel mehr Pflanzen und Tierarten und Mikroorganismen, die dort noch überlebt haben. Und von Pflanzen, Mikroorganismen und Tieren stammen die meisten pharmazeutisch bedeutsamen Wirkstoffe, die in modernen Gesellschaften benutzt werden. So hat es also große Aktivitäten von verschiedenen Firmen gegeben, die Suche nach solchen Stoffen in der Dritten Welt fortzusetzen. Das Patentrecht erlaubt den Firmen eine viel weitergehende Kontrolle über diese Dinge, weil er ihnen ein Monopol einräumt. Sie können z. B. eine lokale Firma davon abhalten, etwas Eigenes zu entwickeln.

Ganz wichtig scheint mir, daß die Patentierung den Menschen vor Ort den direkten Zugang zu diesen Wirkstoffen versperrt. Da gibt es beträchtliche Sorgen von indigenen Völkern, daß ihre traditionellen Erkenntnisse, ihr Wissen um die heilenden Eigenschaften der örtlichen Pflanzen, ihnen entrissen wird von Firmen, die dort hinkommen, einen Patentantrag stellen und damit etwas für sich beanspruchen, was diese Menschen schon seit Tausenden von Jahren kennen, und diese Sorge ist berechtigt.

Das wurde auf der Konferenz über den Schutz der Artenvielfalt sehr intensiv diskutiert, aber dort gibt es keine Kontrolle über Fragen wie Patentrechte. Das GATT-Abkommen (General Agreement on Trade and Tariffs), überhaupt alle diese Handelsabkommen, legen viel mehr Wert auf den Schutz des geistigen Eigentums, und da geht es vor allem darum, die Hürden für Konzerne niedriger zu machen, so daß sie leichter Schutzrechte bekommen können, und da sind die Patentrechte ein Teil davon. Darum gab es in den USA auch Gruppen, die gegen die GATT-Vereinbarungen gekämpft haben.

Kulturelle Folgen

Zurück zur kulturellen Bedeutung. Wie werden Patente auf Lebewesen unsere Sichtweise vom Leben, von Lebewesen und von uns selbst verändern? Wird es zu einem anderen Verständnis davon führen, was es heißt, Mensch zu sein ?

Das sind mehrere Ebenen. Eine davon ist, daß Menschen oder ihre Organe in Handelsware verwandelt werden. Nun gab es ja bereits eine Phase in der menschlichen Geschichte, wo Menschen Handelsware waren, und zwar während der Sklaverei. Das ist Vergangenheit, aber einen Markt für menschliche Organe, für menschliche Zellen, zu entwickeln - das ist der falsche Weg, Menschen zu betrachten. Damit ist nicht die Organspende gemeint, wenn jemand seine Organe spenden will für jemanden, der sie braucht, das ist alles in Ordnung, oder wenn jemand seine Zellen spendet. Aber daraus ein Geschäft zu machen, Profit daraus zu ziehen und dann einen Markt zu organisieren, macht aus dem Menschen Handelsware. Das hat historisch gesehen immer eine immense Unterdrückung bedeutet.

Die andere Ebene ist, daß es eine sehr reduktionistische Sichtweise der Biologie befördert. Alle Teile eines Organismus greifen ineinander, seine Eiweiße, seine RNA, seine DNA, seine Zelloberflächen. Sie wirken miteinander zusammen, mit der Umwelt, mit anderen Zellen. So funktioniert ein Organismus. Und die Patentierung von Molekülen, Zellen und Organen, von Arten, hat den Charakter, diese Dinge als unveränderliche Objekte zu betrachten und nicht als Systeme, die zusammenwirken und sich entwickeln, sich verändern.

Meine Hauptsorge gilt aber nicht so sehr diesen kulturellen Schäden als den realen. Ich glaube, daß die Patentierung ganz unmittelbar die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung beeinträchtigen wird. Wir verzerren die Entwicklung der Agrarwissenschaften und der Agrartechnologie und lenken sie in eine ganz falsche Richtung. Aber es untergräbt natürlich auch die reiche Bedeutung der menschlichen Art als eines sich entwickelnden, miteinander wechselwirkenden Systems. Das ist nicht verkäuflich.

Wie kamen Sie eigentlich zum Thema Patente auf Leben ?

Ich bin Molekularbiologe und war Mitte der 70er Jahre an der Debatte über die öffentliche Kontrolle und über die öffentliche Regulierung der Gentechnologie beteiligt. Meine Sichtweise war: Das ist eine sehr machtvolle Technologie, und ich jedenfalls wollte sie nicht benutzen. Die Gentechnik wurde hauptsächlich durch öffentliche Gelder finanziert, sowohl in den USA als auch in Europa, und die Öffentlichkeit hat absolut das Recht, dafür zu sorgen, daß die weitere Entwicklung in ihrem Interesse ist. Ich war also sehr nahe dran an der wissenschaftlichen Entwicklung der Technologie als auch an der kommerziellen Entwicklung. Und da mir klar war, daß Firmen langfristig planen, daß ihnen die Notwendigkeit bewußt war, monopolartige Kontrolle über DNA-Sequenzen zu bekommen, war ich also nicht überrascht, als das dann schließlich kam. Auf eine gewisse Weise war ich vorbereitet; ich hatte schon damit begonnen, mit ein paar Kollegen hier in Boston, vor allem Sheldon Krimsky von der Tufts University, die Gegenargumente darzulegen. Es ist interessant, daß unsere allerersten Artikel aus den frühen 80er Jahren nie erwähnt werden, weil die Patentierungsdebatte im Allgemeinen nur unter Patentanwälten stattfindet. Und Patent-

anwälte argumentieren in einem Fall gegen bestimmte Patente, und in einem anderen Fall argumentieren sie dafür. Aber sie stellen niemals das Patentsystem selbst in Frage. Und so weiß die Öffentlichkeit überhaupt nicht, daß das auch eine Option ist. Die ganze Debatte wird der Öffentlichkeit präsentiert, als ob es darum geht, wie das Patentrecht auf Lebewesen angewandt werden soll. Anstatt zu sagen, nein, Leben, alle Lebewesen sollten davon ausgeschlossen werden, das sollte außerhalb des Patentrechts bleiben. So wie wir auch den Verkauf von Menschen nicht erlauben, so werden wir auch das in der Welt nicht erlauben. Es ist einmal passiert, aber jetzt sagen wir nein, es gibt keinen Ort auf der Welt, wo Sklaverei erlaubt ist. Und diese Verbote, mit Menschen zu handeln, sollten erweitert werden zu Verboten, mit menschlichen Zellen, Organen, Molekülen usw. zu handeln.

Öffentlichkeit herstellen

Sie haben sich mit vielen Patenten auf Lebewesen und Gene beschäftigt. Welcher Fall hat Sie am meisten beunruhigt?

Das war der Fall mit den Zellen von John Moore. Da wurde eine Zellinie von ihm patentiert, ohne daß er es wußte. Ich fand das absolut unerhört, geradezu frevelhaft, weil es so viele Moralvorstellungen verletzt, die soziale Moral untergräbt. Aber was noch schlimmer war: Er klagte dagegen, und er verlor; das Gericht entschied gegen ihn. Es waren seine Zellen, ohne ihn gäbe es sie nicht. Und sein Arzt nahm diese Zellen ohne seine Erlaubnis.

Die zweite Geschichte ist die Patentierung der Krebsmaus, der genetisch veränderten Maus. Weil das der Präzedenzfall für die Patentierung jedes anderen höheren Lebewesens war, das genetisch modifiziert ist. Es bedeutet, daß eine Firma heute nicht bloß eine Kuh besitzen kann, sondern eine ganze Linie, eine ganze Population und all deren Nachwuchs besitzen kann statt bloß einzelner Kühe, und das ist sehr beunruhigend.

Wie beurteilen Sie das Human Genome Diversity Project, in dessen Rahmen Gene von indigenen Völkern, die kurz vor der Ausrottung stehen, gesammelt und unter Umständen auch patentiert werden ?

Bei dem Human Genome Diversity Project geht es u. a. darum, DNA-Sequenzen zu untersuchen, Gensequenzen in kleinen Bevölkerungsgruppen, die vielleicht aussterben, verschwinden. Das sind sehr komplexe Fragen, aber ich kann eine Reihe von Argumenten dafür sehen, das zu machen, vorausgesetzt, es wird in einer Form durchgeführt, mit der die Betroffenen einverstanden sind. Aber das nun damit zu verbinden, daß diese Gene patentiert werden können, und zwar von irgendeiner Firma, diese Patentierung geschieht ja nicht im Abstrakten. Es bedeutet, daß irgendeine kleine Gruppe von Leuten die Eigentumsrechte an diesen Informationen bekommt. Das, glaube ich, kann auf lange Sicht nur zerstörerisch sein. Und es ist auch ein sehr schlechtes Modell dafür, wie wir menschliche Bevölkerungen studieren sollten, ein Modell, das wiederum Menschen in Handelsware verwandelt, daß irgend jemand damit Geld verdienen kann.

Welche Perspektiven sehen Sie für eine Korrektur dieser Entwicklung ?

Das ist zumindest hier in den USA alles noch in seinen allerersten Anfängen. Das Council for Responsible Genetics und ein paar andere kleine Organisationen beschäftigen sich damit. Wir sind erst in einem Stadium, wo wir eine Strategie planen, die Diskussionen fangen erst an. Es gibt den Vorschlag, einen Gesetzesentwurf in den Kongreß einzubringen, der klipp und klar sagt: Stellt die Interpretation der Patentgesetze klar und sorgt dafür, daß Organismen, ihre Zellen, Gewebe und Moleküle vom Patentrecht nicht erfaßt werden können. Dieses Vorhaben aber tatsächlich in eine politisch effektive Kampagne umzusetzen, das ist ein Langzeitprojekt. Die meisten Bürger sind sich nämlich überhaupt nicht darüber im Klaren, daß ihnen Rechte an ihrem eigenen Körper weggenommen werden, und zwar auf eine sehr subtile Weise. Das ist also ein Langzeitprojekt und wir sind erst ganz am Anfang. Ich glaube aber, daß die Bedeutung dieser Auseinandersetzung sehr, sehr groß ist. Von all den Dingen, mit denen ich als Biologe beschäftigt war, als Wissenschaftler und auch als ein Bürger, der mehr über die Biologie und das Ökosystem weiß als der Durchschnittsbürger wissen kann, ist dies am wichtigsten. Ich sorge mich um das Trinkwasser, ich sorge mich um Karzinogene in der Umwelt, und ich mache mir Sorgen darüber, ob die Krebsforschung in die richtige Richtung geht. Aber langfristig, glaube ich, ist dieser spezielle Kampf, die Lebensformen dieses Planeten als gemeinsames Erbe der Menschheit zu erhalten und in all ihrem Reichtum für alle Kulturen verfügbar zu machen, das wichtigste Projekt, an dem ich mich bisher beteiligt habe. Aber es ist nicht leicht, einen Weg zu finden, um seine Besorgnis zu artikulieren, denn ich fürchte, die schlimmsten Aspekte sind noch gar nicht sichtbar. ■

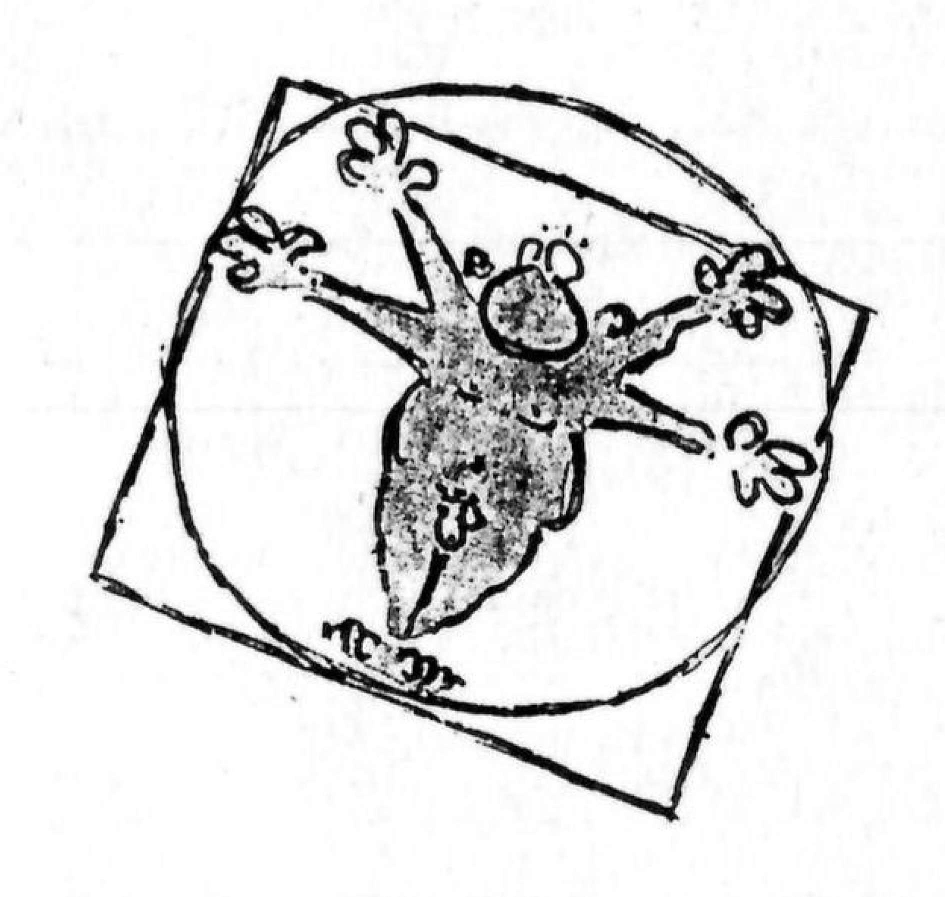
Das Interview wurde geführt, übersetzt und redigiert von Ludger Weß. Er ist Molekularbiologe und beschäftigt sich seit Jahren mit der Geschichte von Genetik und Molekularbiologie. Er arbeitet in Hamburg als freiberuflicher Publizist und Wissenschaftsjournalist.



Matschige Anti-Matsch-Tomaten

Einen großen Flopp hat die Firma Calgene mit ihrer Anti-Matsch-Tomate erlitten, der sie knapp am Konkurs vorbei schlittern ließ: Mit 160 Mio. Dollar werden die Verluste beziffert, die Calgene mit seiner Gen-Tomate gemacht hat. Die VerbraucherInnen verspürten wenig Lust, sie zu kaufen. Die Tomaten landeten häufig angeschlagen und gänzlich verfault in den Läden. Sie hätten zudem „metallisch" und „unnatürlich" geschmeckt, berichteten VerbraucherInnen. Das Tomaten-Desaster hat Calgene nur deshalb überlebt, weil sich die Firma Monsanto bei Calgene eingekauft hat. ■

GID





Gegen die nationalen Einheitsfeiern in München

Demo am 3.10.96



aber viele Gründe zum

Widerstand

Rückmeldung bitte baldmöglichst an: Claus Schreer, Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München, Tel:089/16 95 19, Fax 089-168 94 15

☐ Ja, ich/wir unterstützen den Aufruf gegen die nationalen Einheitsfeiern am 3.Oktober in München

als Erstunterzeichner (Posteingang bis 1.7.96) mit einer Spende von _____ DM (Wenn möglich für 10,- für Einzelpersonen, 50,- für Gruppen) auf das Spendenkonto beim Münchner Bündnis gegen Rassismus: Christiaan Boissevain, Stadtsparkasse München, Kto 71 17 35 20, BLZ 701 500 80. Mit der Veröffentlichung meines/unseres Namens bin ich/sind wir einverstanden.

Name/Gruppe:________________________ Beruf/Funktion:________________

...rift:________________________ Tel:________ Datum:________ Unterschrift:________

Aktionsbündnis gegen die nationalen Einheitsfeiern am 3.Oktober 1996 in München

In Erwägung, daß die Herrschenden in diesem seit 1989 wieder größer gewordenen Land hemmungslos alle Nachkriegs"fesseln" fallen gelassen haben und mittlerweile gänzlich un-"verschämt" und offen deutsche Großmachtansprüche stellen,

in Erwägung, daß das deutsche Kapital seinen Siegeszug in der größten Enteignungs- und Demontage-Kampagne der Industriegeschichte seit dem 2. Weltkrieg feiert, indem es den zehntgrößten Industriestaat der Erde plattgewalzt, Millionen Biographien schlichtweg abgewickelt und dabei die 600 Milliarden errechneten Volksvermögens der einverleibten DDR zu 270 Milliarden Schulden veruntreut hat,

in Erwägung, daß die Regierung die Rechnung für diesen Raubzug der Reichen auch noch den Armen und kleinen Leuten aufbürdet, damit sie zahlen und sparen, sich einschränken und bescheiden sollen für noch bessere Profitbedingungen am "Standort Deutschland",

in Erwägung, daß Arbeitslose, Kranke, Sozialhilfe-Empfänger und Behinderte zu "Schmarotzern" erklärt werden, und für die abgeschottete Festung "Brandort Deutschland" andere, noch kleinere und ärmere, rechtlose weil ausländische Leute im wahrsten Sinne des Wortes brennen müssen,

in Erwägung, daß Banken und Konzerne angesichts der größten Massenarbeitslosigkeit seit den 30er Jahren die höchsten Gewinne ihrer Firmengeschichte einfahren, doch ihre Milliardenprofite fast nur noch in weltweite Finanz-Spekulationsgeschäfte, für den weltweiten Aufkauf von Konkurrenten oder aber in Rüstungs- und Plutoniumgeschäfte investieren,

in Erwägung, daß die Vorreiter der konservativen Kehrtwende ein sexistisches und rassistisches und menschenverachtendes Menschenbild wiederbeleben wollen, das schwule und lesbische Lebensformen verunglimpft oder totschweigt, und das vor allem ausländischen und schlecht ausgebildeten Frauen oft nur die "Wahl" läßt, entweder als auf Bikini-Format reduziertes Objekt sexuellen Übergriffen oder als willige Ehefrau und Mutter der isolierenden Kleinfamilie ausgeliefert zu sein,

in Erwägung, daß nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts Justiz und Polizei mit Unterstützung eines Großteils der Medien dazu übergegangen sind, die Opfer rassistischer Anschläge, die Flüchtlinge selber, zu Tätern abzustempeln (wie in Lübeck den Libanesen Sawfan Eid), – Begleitmusik zu deren massenhafter Inhaftierung in Lager oder gnadenloser Abschiebung in die Folterstaaten,

in Erwägung, daß die Zeiten militärischer Enthaltsamkeit des zweitgrößten Waffenexporteurs BRD seit Genschers einseitiger Anerkennung Sloweniens und Kroatiens und der daraus folgenden Anheizung des Balkankriegs mit Kinkels Schlachtruf "Serbien muß in die Knie gezwungen werden" vorbei sind und ein künftiger Einsatz der Bundeswehr zur Durchsetzung des Anspruchs auf "ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" nicht nur als verteidigungspolitische Richtlinie der Hardthöhe denkbar wird,

in Erwägung, daß "die Einigung Europas eine Frage von Krieg und Frieden" werden könnte (wie Kohl 1993 drohte), wo doch seine Riege die begehrte Ordnungsmachtrolle bereits einübt, sei es, um den Ruf nach der Notschlachtung Englands hochzuzüchten, oder um den Tschechen Entschuldigungen abzupressen, bevor seine Münchner ein (neuerliches) Abkommen abschließen,

in Erwägung, daß Grund- und Menschenrechte eingeschränkt und ausgehebelt werden, und die Allianz aus Polizei, Justiz und Geheimdiensten einen Generalangriff gegen jegliche grundsätzliche Opposition führt - wie z.B. die polizeistaatliche Verfolgung und Kriminalisierung kurdischer politischer Aktivitäten in treuer deutsch-türkischer Waffenbrüderschaft,

in Erwägung, daß am 3. Oktober die Repräsentanten des Staates, die Crème de la Crème aus Wirtschaft und Politik wieder einmal ihre großdeutschen "Errungenschaften" und ihren Traum von der Weltmacht Deutschland feiern,

haben wir beschlossen, den nationalen Einheitsfeiern eine gebührende Antwort zu geben. Denn für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ist dies alles längst nicht mehr feierlich. Wir haben tausend und mehr Gründe zum Protest und Widerstand, und rufen daher auf zu einer Gegendemonstration am 3. Oktober in München.

Silsila

Zeitschrift gegen Rassismus und Imperialismus

Doppelheft 6/7 (1996)
212 Seiten, DIN A5, 14 DM

DOSSIER: ALGERIEN

Ein Viertel unter dem Terror *(H. Larbi)*
Algeriens Militärdemokratur *(S. Mellah)*
Die Große Blaue Furcht *(Attaf / Giudice)*
Der Islamismus gegen die Intellektuellen? *(François Burgat)*
Die Rhetorik des Terrors *(M. Ait-Embarek)*
Die algerischen Frauen im Krieg *(Moufok)*
Alibi-Frauen *(Monique Gadant)*
Der Imperialismus hat sich nicht selbst erledigt *(Moussa Ait-Embarek)*

EUROPHANTASIEN

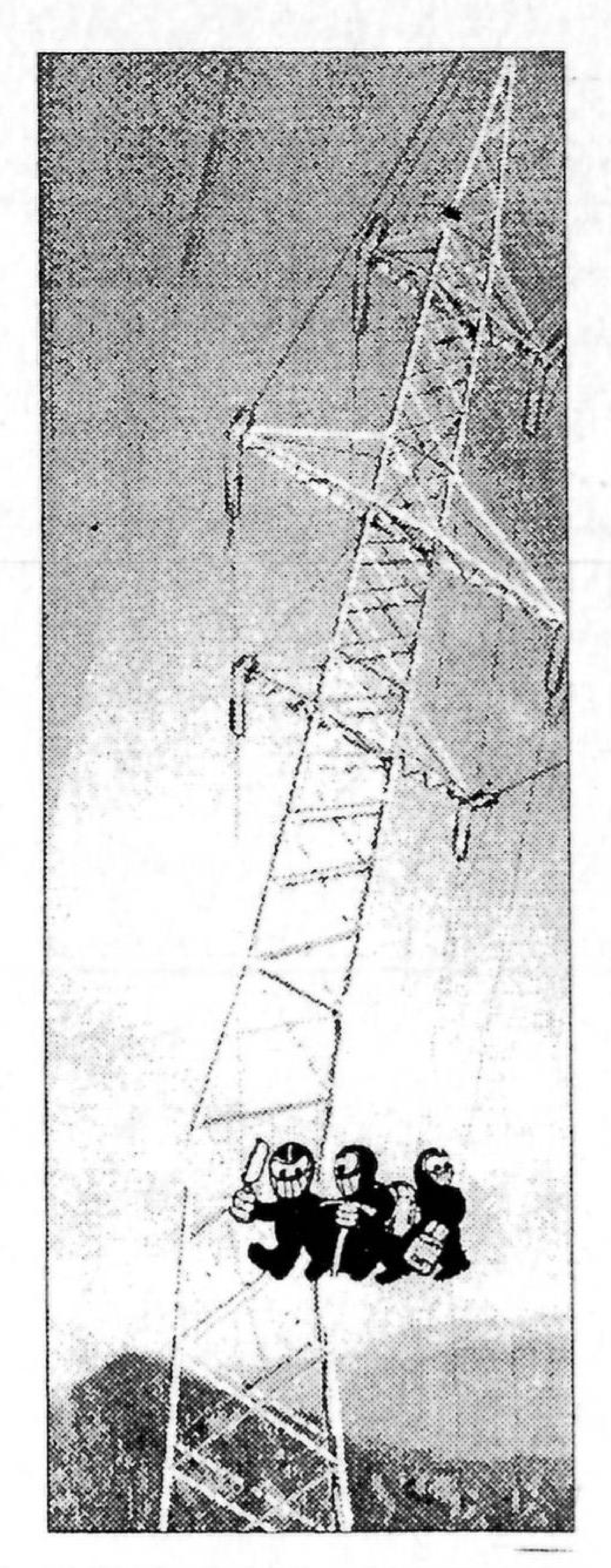
Iranerinnen und der Iran in der „Schleierliteratur" *(Irmgard Pinn)*

IMPERIALISMUS UND WIDERSTAND

Kolumbus und die Ursprünge des Rassismus in Amerika *(Jan Carew)*
Rote Pfade. Europäischer Imperialismus und indianischer Widerstand *(J. N. Pieterse)*

Bestelladresse: *Silsila*, c/o Buchladen, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

(15.50 DM in Briefmarken oder Geld bitte beilegen!)







GEIST DER FREIHEIT

A-FLUGSCHRIFT - KREIS BERGSTRAßE
15. JAHRGANG, NR. 72 / JUNI 1996

Themen: Lokale high- und low-lights • Demo in Biblis zum 10. Tschernobyl Jahrestag • 2. Castortransport ins Wendland • Sexismus, Punk-Rock und einiges mehr... • News aus Sachsen • Mexikanische Regierung eskaliert Situation in Chiapas • Papstbesuch •

Kostet 2.- & Porto 1,50 DM.
Kontakt:
GdF - c/o Infoladen Moskito - im AZ Heidelberg - Alte Bergheimer Straße 7a - 69115 Heidelberg

Nr. 73 erscheint Mitte August 1996
Redaktionsschluß: 10.08.96

Mujer y Memoria

Frauen und Erinnerung

Das ist der Name eines Frauenprojekts in Uruguay und der Titel einer Broschüre, in der sechs Frauen über ihr Projekt berichten. Es handelt sich um ein Zentrum, in dem die Geschichte kämpfender Frauen aus Uruguay nicht nur dokumentiert werden, sondern auch Anlaß zur lebendigen Auseinandersetzung geben soll.
In der Beschäftigung mit dem deutschen Faschismus ist der Widerstand von Frauen erst sehr spät zum Thema geworden, zu einem Zeitpunkt, als viele dieser Frauen bereits an den Folgen ihrer Mißhandlungen durch die Nazis gestorben waren. Anstelle der lebendigen Auseinandersetzung mit den Überlebenden ist in vielen Fällen die historische Spurensuche getreten, die im Nachhinein das Geschehen zu rekonstruieren versucht.
Uruguay ist eins der wenigen Länder Lateinamerikas, wo ehemalige politische Gefangene die Zeit der Diktatur nicht nur überlebt haben, sondern nach wie vor politisch aktiv sind, wenn auch in anderer Form. Nach gut zehn Jahren, die sie nach ihrer Freilassung 1985 gebraucht haben, um ihre privaten Existenzen außerhalb des Knasts wieder aufzubauen, haben die urugayischen Frauen angefangen, gemeinsam ihre Geschichte zu rekonstruieren und zu dokumentieren.
Sie wollen bei dieser Arbeit unsere Unterstützung, unsere Neugier, unsere Fragen, und auch finanzielle Hilfe, damit sie ihre so wertvollen Erfahrungen an möglichst viele weitergeben können. Wir sollten nicht lange auf uns warten lassen.

Spendenkonto:
Lupe e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
Kto-Nr. 3341200
BLZ 10020500
Stichwort: CEDAMM

Bestellungen des Nachdrucks:

Antifaschistische Frauengruppe
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
37073 Göttingen

nr. 41/42
juli 1996
2 mark

clock work

zusammen für befreiung kämpfen

themen:

★ zu den prozessen gegen kurden und kurdinnen in der brd

★ perspektiven der solidarität mit mumia abu-jamal

★ ¡ya basta! - zur lage des zapatistischen befreiungskampfes

★ interviews & gespräche mit esther berjerano, gioconda belli und dem kommunistischen jugendverband cubas

Einzelexemplare (für 4 DM in Briefmarken) und Abos:
clockwork
Leibnizstr. 24
55118 Mainz

Über "Antikommunismus" und "Spaltung"

Diese beiden Begriffe standen im Mittelpunkt der 1. Mai Debatte und werden immer wieder speziell von ML-Gruppen als Kampfbegriff gegen Autonome verwendet. Auch die AA/B0 versuchte mit der Benutzung dieser Worte Stimmung zu machen - dieselben mußten aber zur Kenntnis nehmen, daß ihnen u.a. von Bolschewik Partisan selbst "Antikommunismus" vorgeworfen wurde.
Da die BRD seit ihrer Gründung Antikommunismus als Staatsdoktrin verinnerlicht hat, soll dieser Vorwurf andere Gruppen politisch treffen und sie auf die Seite des Gegners stellen, frei nach dem Motto, alle Antikommunisten haben was gemeinsam oder machen sogar gemeinsame Sache. Wobei bei einer genauen Vorgehensweise eigentlich erstmal geklärt werden müßte, was es mit dem Begriff "Kommunismus" denn auf sich hat. Ob nicht beispielsweise dieser Begriff völlig diskreditiert ist, weil sich schnarchnasige, reformistische und kleinbürgerlich-patriarchale Parteien wie die DKP eben darauf beziehen? Oder - weniger polemisch gefragt - was hat der "Kommunismus" der DKP mit dem der KP Chinas zu tun, oder der der MLPD mit dem von der KP Perus oder der der kubanischen KP mit dem der russischen KP? Kann sich jedeR aus diesem Sammelsurium den einzig wahren Kommunismus herauspicken und alle anderen als Renegaten bezeichnen?
Um es auch mal klar und in aller Schärfe zu sagen: wenn die Familiendynastie in Nordkorea, der Personenkult eines an Monarchen erinnernden Ceaucescus in Rumänien, der Stalinsche Terror in den Dreißiger Jahren inklusive Säuberung der Partei von alten Revolutionären, der autoritären, sich an Sekundärtugenden klammernde Politikstil der SED in der DDR, wenn das alles "Kommunismus" gewesen sein soll - dann, ja dann in der Tat trifft der Vorwurf des "Antikommunismus" auf viele Autonome zu. Dann wäre dieser Begriff allerdings als *Auszeichnung* zu verstehen und nicht als Diffamierung.
Ähnlich sieht es mit dem Begriff "Spaltung" aus - wenn an ML-Strukturen Kritik geübt wird, kann mensch sich sicher sein, daß sofort mit dem Spaltungsvorwurf gearbeitet wird - so auch wiederum auf der 1. Mai-VV im Mehringhof. Daß hierbei einige, die diese Auseinandersetzungsmechanismen schon seit geraumer Zeit kennen, nur noch höhnisch lachen, ist verständlich. Denn die gleichen, die dort über Spaltung lamentieren und sagen, daß wir doch alle zusammenhalten müssen und bla bla, schreiben z.B. in einem Flugblatt vom Juni 1996 unter der poetischen Überschrift "Unsere rote Fahne weht weiter in Peru" auf Seite 3 unten, daß "sie [gemeint ist die Interim-Redaktion] hoffen durch die Verbreitung solcher Lügen die Unterstützung für den Volkskrieg in Peru schwächen zu können. Dadurch versuchen sie [wiederum die Interim-Redaktion], das faschistische Fujimori-Regime, das sie [again Interim-Redaktion] seit Jahren unterstützt haben, zu retten."
Wie mit solch angeblichen Unterstützern eines faschistischen Regimes die PCP umgeht und ihre deutsche Fan-Fraktion, die RK, am liebsten auch umgehen würde, braucht nicht weiter beschrieben zu werden. Also - auch die RK`s wissen, daß ihr Gerede von "Spaltung" Blödsinn und nur taktisches Geschwätz ist. Wo nichts gemeinsames ist, kann auch nichts gespalten werden. Die Widersprüche zwischen uns und anderen Gruppen wie der RK, AIZ etc über Befreiung und Utopie, Revolution und den Weg dahin, sind antagonistisch. Wir wollen die Herrschaftstrukturen zerschlagen und abschaffen - andere wollen sie mit anderem Vorzeichen übernehmen. Eine klare Position in dieser Aus-einandersetzung kann uns nur stärken und das entsprechende Totschlagsargument "das nützt nur dem Staat und ist unsolidarisch" läuft ins Leere, weil es eine genaue Auseinandersetzung verhindern und Gemeinsamkeiten vortäuschen soll, die im Falle eines Falles - Revolution - nur uns auf die Füße fallen werden. Denn die Geschichte hat desöfteren gezeigt, daß sogenannte "Linksabweichler" zuerst an die Wand gestellt werden und daß mehr Wert auf Ruhe und Ordnung und Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften. gelegt wird, als auf unbequeme Fragen und spannende Auseinandersetzungen.

Ernie & Bert

Veranstaltung von

Colpo

anarchistische Medien- und Aktionswerkstatt

Veranstaltungsort:

El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin

S/U-Bahn Yorckstr.

Vor 60 Jahren - Beginn der spanischen Revolution

Filmreihe zum spanischen Bürgerkrieg

"Die lange Hoffnung"

Der Film beginnt , wo andere über die Geschichte des spanischen Bürgerkrieges enden; an der Grenze.
Die Filmemacher begleiten sechs Wochen lang Clara Thalmann und Augustin Souchy in die Gegend Kataloniens, wo beide zwischen 1936 und 1939 aktiv an den Kämpfen gegen Franco und an der Kollektivierung der anarchistischen CNT, "der einzigen sozialen Revolution von unten" teilgenommen haben. Bauern, Tagelöhner, Handwerker und Arbeiter kollektivierten Landbesitz und Produktionsmittel.
Es war keine blutige Staatsaktion, sondern eine Revolution, ausgelöst von Anarchosyndikalisten und ihrer Gewerkschaft CNT, die 1936 mit einer Million Mitglieder die bedeutende gesellschaftliche Kraft darstellte.

Videofilm auf Großleinwand

Es gibt im Film eine sehr verquerte Debatte zwischen den beiden Alten über die Gewaktfrage. Agustin beschreibt die Kollektivierung in Spanien, die im Prinzip freiwillig war, also keine Staatsaktion mit Zwang und Mord und Deportation wie in der Sowjetunion. Und gewaltlos sei sie gewesen. "Na, mehr oder weniger" muckt Clara auf. Souchy läßt den Einwand nicht gelten. Er hat sein Leben lang gegen die Verleumdung der Anarchisten kämpfen müssen, er will das Prinzip herausheben. Er ist Pazifist. Und, bitte, die Großgrundbesitzer sind doch geflohen, also konnte man ganz friedlich kollektivieren. (Aber warum sind sie geflohen?). Clara, unerbittlich: "Aber erst mußten die Gewehre sprechen!"

Donnerstag. 27.06. um 21.00

"Selbstverwaltung und Kollektivierung in Spanien"

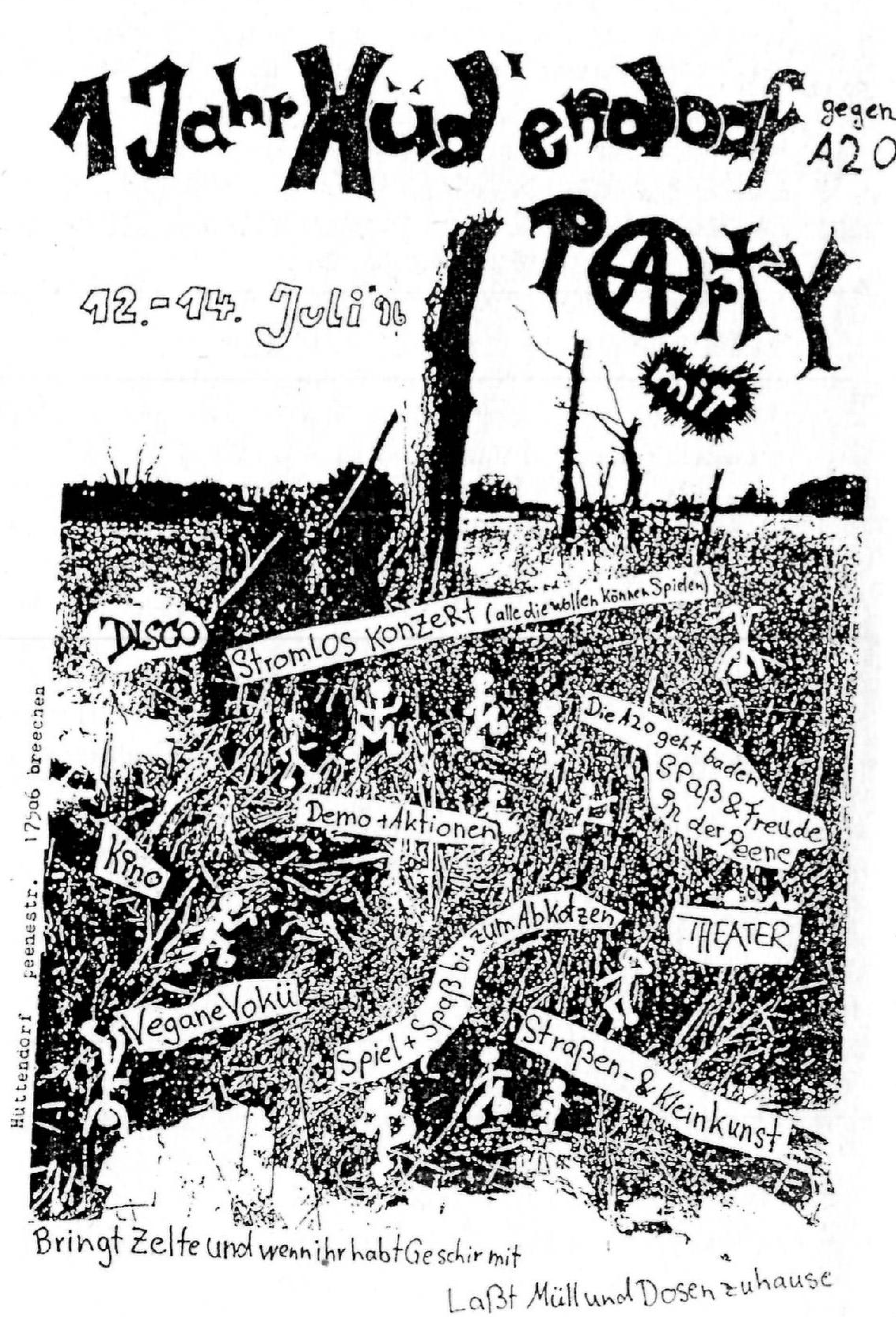
Traditionell wwaren ins Spanien , besonders aber in Nordspanien die landwirtschaftliche Nutzflächen in Kommunebesitz. Die anarchistischen Strömungen griffen nach der Ausrufung der Republik am 14.4.1931 eigentlich nur die Tradition des kollektiven Besitzes und der kollektiven Arbeitsweise wieder auf. Die Kollektivierung in Spanien erreichte deshalb viele Menschen und geschah ausschließlich auf freiwilliger Basis.

Videocollage auf Großleinwand
und Referat

Die landwirtschaftlichen Flächen waren in Gemeindebesitz und wurden alle 10 Jahre durch Los an die Einwohner verteilt die diese nutzen wollten. Dieses kommunale (manchmal auch kollektivistisch genannte) System der Bodennutzung führt auch zu weiteren und weitergehenden, gemeinsamen Aktivitäten. So wurden die Dienste des Arztes, der Hirten, des Schmiedes, des Apothekers und so weiter kostenlos von der Gemeinde zur Verfügung gestellt. Diese ganze Art der anarchistischen Nutzung blieb aber nicht nur auf landwirtschaftliche Gemeinden beschränkt. So existierten zum Beispiel in dem Ort "Port de la Selva" 1936 kurz vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges eine Fischereigenossenschaft mit einem Netz von Booten, einer Konservenfabrik, einer Olivenplantage, einer Ölraffinerie, sowie Cafes, Theater und Versammlungsräume.

Dienstag. 2.7. um 21.00





Achtung Termin!!

Das zweite Nachbereitungstreffen des "1. Treffens für eine menschliche Gesellschaft und gegen Neoliberalismus" findet am Donnerstag, den **4.Juli um 19.30 Uhr im El Locco,** Kreuzbergstr.43 in 10965 Berlin- Kreuzberg statt. Alle sollten bis dahin das längere Kommunique der EZLN zum "1. intergalaktischen Treffen" (abgedruckt in der Interim 379, Seiten 7-12) gelesen haben.

Veranstaltungen im Cafe Größenwahn Kinzigstr. 9

Freitag, 28.6.96
21.00 Uhr

FrauenLesben VideoKino
„Out in Friedrichshain":
„Heavenly Creatures" (dt. Version)
ab 20.00Uhr ist geöffnet - Eintritt 4 mark
(Women only)

Samstag, 29.6.96
16.00-20.00 Uhr

Kaffee und Kuchen
18.00 Uhr Film *„Einer flog übers Kuckucksnest"*
Antipsychiatriefilm mit Jack Nickolson -Eintritt frei-

60 Jahre nach der Revolution in Spanien
21.00 Uhr Film *„Unversöhnliche Erinnerungen"*
Der Maurer Ludwig S. und der Jagdflieger, späterer Bundeswehrgeneral Henning St.erinnern sich an den span Bürgerkrieg -Eintritt 4 mark-

Sonntag, 30.6.96
19.00

60 Jahre nach der Revolution in Spanien
19.00Uhr Film *„Hoffnung"*(OmU) Spanien 1937
Spielfilm von André Malraux, der als Flieger gegen die Faschisten kämpfte.
21.30Uhr Film *„Unversöhnliche Erinnerungen"*

-Eintritt : 1Film 4 mark/ 2Filme 6 mark-

Großes Treffen der Demogeschädigten

Das Nachbereitungstreffen der Anti-Nato-Demo vom 3.6 und der Gelöbnix-Kundgebung vom 29.5 findet am Dienstag, dem 3.7 um 20.°° Uhr im Mehringhof, Blauer Salon, statt.

Beim Gelöbnix sind 80 Leute festgenommen worden, davon sind 8 mit Haftprüfungstermin und 3 nach U-Haft entlassen worden.
Bei der Anti-Nato-Demo sind 46 Leute festgenommen worden.
Das Treffen soll den Betroffenen und BeobachterInnen der Ereignisse den Informationsaustausch und die Erörterung eines gemeinsamen Vorgehens ermöglichen.
Laßt dem EA eure Photos, Filmaufnahmen, Gedächtnisprotokolle und jede Menge Geld zukommen oder bringt die Sachen zum Treffen mit.

buchprojekt
bio/technologie feminismus kunst



- *„Sollte Netanjahu im deutsch-israelischen Verhältnis in jene Zeit zurückfallen, wo es Israel nur darum ging, der Deutschen schlechtes Gewissen auszunutzen, um daraus Geld zu prägen?"*
- *„Israel sollte aus eigener Erfahrung wissen, daß Gewalt nur noch mehr Haß, Fanatismus und Gegengewalt erzeugt."*
- *„Man kann den Auschwitz-Überlebenden nicht vorwerfen, vor dem Antisemitismus geflohen zu sein, anstatt ihn in seinen Zentren aktiv zu bekämpfen."*

Wer sagt was? Diese Zitate stammen aus der *jungen Welt*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* und dem *Neuen Deutschland (ND)* - allerdings nicht in dieser Reihenfolge. Wer sie errät, darf gemeinsam mit Peter Schneider und seiner Sarajewo-Brigade die Truppenbetreuung der künftigen deutschen Friedenskräfte auf den Golan-Höhen organisieren

Der „ewige Jude" ist wieder da

Neue deutsche Antworten auf eine erledigt geglaubte Frage

Redaktion *bahamas*, ak kassiber und Jour-fixe-Initiative laden ein:

Diskussionsveranstaltung
am Donnerstag, dem 4. Juli, um 19 Uhr
Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustr 2 a, Theateraufgang

VisdP M Jeschke,Havemannstr 23,10375Berlin



„Du kannst den Leuten nicht einfach vertrauen und sagen: Mir geht es schlecht, ich habe nichts zu essen, ich weiß nicht wo ich übernachten soll. Du tust einfach so, als ginge es dir gut."

„Entweder die deutsche Gesellschaft stellt sich gegen 'Illegale' oder sie stellt sich auf die Seite der 'Illegalen'..." (illegalisierte Migrantinnen, Berlin)

Grenzen auf für alle!

Aktionstag gegen Illegalisierung und Kriminalisierung von geflüchteten Frauen und Migrantinnen
Freitag, 28.6., 15-18 Uhr, Hermannplatz